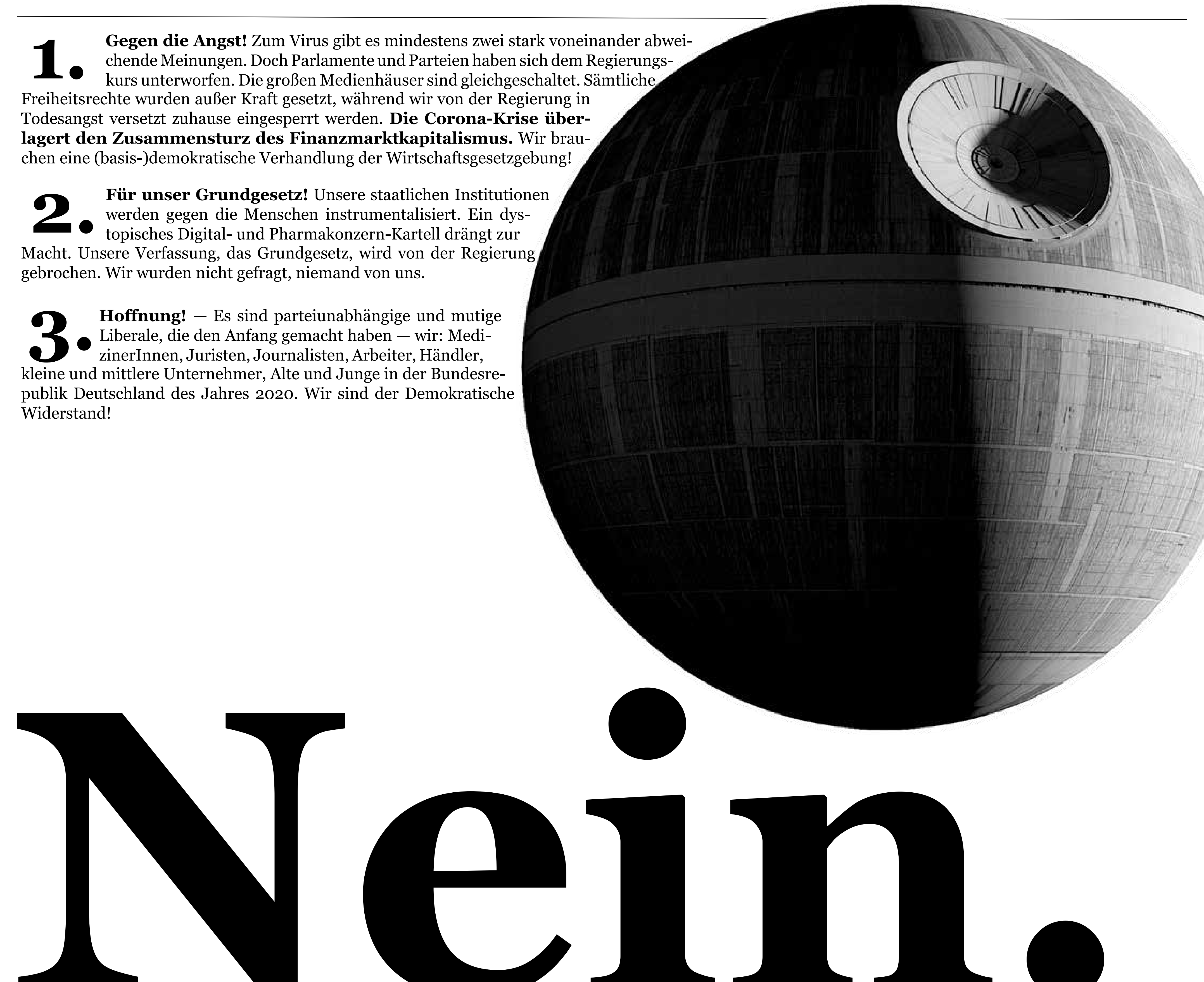
DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben, ab Freitag 24. April 2020, Berlin und bundesweit

1. Gegen die Angst! Zum Virus gibt es mindestens zwei stark voneinander abweichende Meinungen. Doch Parlamente und Parteien haben sich dem Regierungskurs unterworfen. Die großen Medienhäuser sind gleichgeschaltet. Sämtliche Freiheitsrechte wurden außer Kraft gesetzt, während wir von der Regierung in Todesangst versetzt zuhause eingesperrt werden. **Die Corona-Krise überlagert den Zusammensturz des Finanzmarktkapitalismus.** Wir brauchen eine (basis-)demokratische Verhandlung der Wirtschaftsgesetzgebung!

2. Für unser Grundgesetz! Unsere staatlichen Institutionen werden gegen die Menschen instrumentalisiert. Ein dystopisches Digital- und Pharmakonzern-Kartell drängt zur Macht. Unsere Verfassung, das Grundgesetz, wird von der Regierung gebrochen. Wir wurden nicht gefragt, niemand von uns.

3. Hoffnung! — Es sind parteiunabhängige und mutige Liberale, die den Anfang gemacht haben — wir: MedizinerInnen, Juristen, Journalisten, Arbeiter, Händler, kleine und mittlere Unternehmer, Alte und Junge in der Bundesrepublik Deutschland des Jahres 2020. Wir sind der Demokratische Widerstand!



Nein.

Nicht alle akzeptieren den Griff zur Macht durch das Horror-Regime. Uns Angst machen? Die Verfassung wird verteidigt, hier, jetzt und am 1. Mai. Der Widerstand erzielt erste Erfolge für die Republik!

16 Seiten, 100.000 Auflage, spendenfinanziert durch Medizinerinnen, Juristen, Arbeiter und oppositionelle Journalisten für *Freiheit, Gleichheit & Geschwisterlichkeit*! Die zweite Ausgabe des Widerstandes:

Wir sind die Opposition!

NICHTOHNEUNS.DE

»SCIENCE FICTION«

GLOSSE — *von Jill Sandjaja, Berlin*

Diesmal lese ich etwas vor. Und zwar eine Geschichte aus dem Papier »Scenarios for the Future of Technology and International Development der Rockefeller Foundation und dem Global Business Network« aus dem Jahr 2010.

In diesem Papier werden vier Szenarien durchgespielt, wie sich die Welt und damit die Technologie verändern wird. Diese Geschichte ist aus dem Szenario »Lock Step – Eine Welt mit verstärkter obrigkeitsstaatlicher Kontrolle, autoritärer Führung, wenig technischer Innovation und Zurückdrängen der Bürgerrechte«. Ausgelöst wird dieses Szenario durch eine weltweite Pandemie, Quarantänemaßnahmen und die Schließung von Grenzen. Ich übersetze im Folgenden aus dem Englischen. Hört einfach mal zu. Es geht um Öko-Diktatur.

»Manisha blickte auf den Ganges, fasziniert von dem, was sie sah. Als sie 12 Jahre alt war, im Jahre 2010, hatten ihre Eltern sie an diesen Fluss gebracht, damit sie sich in seinem heiligen Wasser baden konnte.

Aber Manisha stand am Flussufer und bekam Angst. Es war nicht die Tiefe des Flusses oder seine Strömungen, die sie erschreckt hatten, sondern das Wasser selbst: es war trüb und braun und, roch scharf nach Müll und toten Dingen. Manisha hatte sich geweigert, aber ihre Mutter schob sie nach Vorne und schrie sie an: ›Dieser Fluss entspringt aus den Lotusfüßen von Vishnu. Es soll dir eine Ehre sein, ihn zu betreten!‹

So wie Millionen von Hindus, glaubte ihre Mutter, dass das Wasser des Ganges die Menschen reinigen, von der Seele aller Sünden befreien und sogar ihre Krankheiten heilen könne. Also tauchte Manisha widerwillig ein und verschluckte versehentlich das Wasser des Flusses. Dabei bekam sie einen schlimmen Fall von Giardiasis, eine Infektion des Verdauungstraktes. Die Folge war monatelanger Durchfall.

Wir schreiben das 2025. Manisha steht wieder am Fluss und erinnert sich an damals. Sie ist nun 27 Jahre alt und Managerin der Reinigungsinitiative des Ganges im Auftrag der indischen Regierung (GPI). Bis vor kurzem war der Ganges noch einer der am meisten verschmutzte Flüsse in der Welt. Der Pegel der coliformen Bakterien schoß astronomisch in die Höhe aufgrund der häufigen direkten Entsorgung in den Fluss von Menschen- und Tierleichen sowie von Abwasser (Stand 2010: 89 Millionen Liter pro Tag).

Dutzende organisierte Reinigungsversuche des Ganges waren im Laufe der Jahre gescheitert. Im Jahr 2009 hatte die Weltbank Indien sogar 1 Milliarde US-Dollar zur Unterstützung der milliardenschweren Sanierungsinitiative der Regierung ausgeliehen. Aber dann traf die Pandemie ein und diese Finanzierung versiegte. Was aber nicht versiegte, war das Engagement der Regierung für die Reinigung des Ganges – sie war jetzt nicht nur eine Frage der öffentlichen Gesundheit, sondern zunehmend verbunden mit dem Nationalstolz.

Manisha war 2020 zum GPI gekommen. Zum Teil, weil sie so beeindruckt war von der starken Haltung der Regierung, die sich zur Wiederherstellung der ökologischen Gesundheit Indiens meistgeschätzter Ressource einsetzte. Viele Menschenleben in ihrer Heimatstadt Jaipur waren durch die Quarantäne der Regierung während der Pandemie gerettet worden.

Diese Erfahrung, dachte Manisha, hat der Regierung das nötige Selbstvertrauen gegeben, so streng mit der Nutzung von Flüssen umzugehen wie jetzt: wie sonst könnten sie Millionen indischer Bürger dazu bringen, ihre kulturelle Praktiken in Bezug auf eine heilige Stätte völlig zu verändern? Rituell verbrannte Körper wegwerfen im Ganges war jetzt illegal, strafbar mit jahrelanger Gefängnisstrafe. Firmen, die erwischt wurden, Abfälle jeglicher Art in den Fluss zu werfen, wurden sofort von der Regierung geschlossen.

Es gab auch strenge Einschränkungen, wo Menschen baden und wo sie Kleidung waschen durften. Alle 20 Meter entlang des Flusses wurde ein Schild »Missachtung von Indiens wertvollster Natur« aufgestellt, um die Auswirkungen zu umreißen. Natürlich hat es nicht jedem gefallen. Von Zeit zu Zeit kam es zu Protesten. Aber niemand man konnte leugnen, dass der Ganges schöner und gesünder aussah als je zuvor.

Manisha sah zu, wie ein Ingenieurssteam begann, Ausrüstung an den Ufern zu entladen. Viele indische Spitzenwissenschaftler und Ingenieure waren von der Regierung angeworben worden, um die Entwicklung von Werkzeugen und Strategien zur Reinigung des Ganges auf Hightech-Weise voranzutreiben.

Ihr Favorit waren die Tauchbots, die ständig durch den Fluss *schwammen*, um mit ihren Sensoren das Vorhandensein chemischer Krankheitserreger zu entdecken. Auch sehr imposant waren neue Flussfiltrationssysteme, die aussahen wie kleine Tempel. Sie saugten schmutziges Flusswasser ein und spuckten weitaus saubereres Wasser aus. Deshalb war Manisha heute am Fluss, um die Installation eines Filtersystems zu überwachen.

Es ist nicht einmal 100 Fuß von dem Standort entfernt, wo sie zum ersten Mal als kleinens Mädchen den Ganges betreten hat. Das Wasser sieht jetzt viel sauberer aus und jüngste Tests deuteten darauf hin, dass es bis 2035 sogar die Trinkbarkeitsstandards erfüllen könnte. Manisha war versucht, ihren Schuh auszuziehen und ihren Zeh einzutauchen, aber dies war jetzt ein eingeschränkter Bereich — und ausgerechnet sie würde dieses Gesetz niemals brechen.«

Zum Geleit – EIN DEMOKRATISCHER GRUSS!

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten?

Wir sind die Redaktion des Demokratischen Widerstandes in Berlin. Wir sind unabhängig von den Parteien oder anderen korrumpierbaren und erpressbaren Strukturen. Wir sind Liberale. Wir sind MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Alte und Junge. Uns ist daran gelegen, dass die liberalen Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns dies gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam feiern mit allen, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich auch poitisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind derzeit von der Regierung abgeschafft worden, die sich mit Verordnungen ermächtigt hat.

WARUM GIBT ES DIESE ZEITUNG?

UND WARUM IN EINER AUFLAGE VON 100.000+ EXEMPLAREN?

Ganz einfach! Wir sind Liberale fernab von Parteien und Abhängigkeiten. Wir sind der Ansicht, dass zuviele Menschen zuhause von der Regierung in Todesangst gehalten werden. Die Regierung projiziert ihre eigene Panik wegen des Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus auf uns, die anderen Menschen, die in deren System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben, wie dieses eingerichtet wird. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits das Leben genommen. Viele andere Tragödien spielen sich ab. Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen — sie gehören alle zu uns.

Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir vom Demokratischen Widerstand setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt werden muss. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. *Die Red.*

A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are liberals in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and fight to defend our liberal constitution, the basic law – contact us via NICHTOHNEUNS.DE / demokratischerwiderstand@protonmail.com
Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V.i.Gr. Berlin
Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin
Communication Office for Democratic Resistance Berlin

ERSTER HYGIENESPAZIERGANG IN DORTMUND
BERICHT — von André Mona

Hier ein kurzer Lagebericht zu dem ersten Hygiene-Spaziergang in Dortmund. Der fand statt am 18.04.2020 gegen 15.30, inklusive Verteilen von gut 120 Mini Grundgesetzen der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Flugblatt des Widerstandes.

Für die Polizei wurden extra ein paar Ausdrucke des Bundesverfassungsgericht-Urteils (BVerfG) gemacht. Dieses hat aber nur ein Beamter angenommen. Um die 30 Personen haben sich zusammen gefunden unter Beachtung der Hygieneregeln — ein guter Anfang.

BEAMTE KENNEN URTEIL DES VERFASSUNGSGERICHTES NICHT

Die Polizei fuhr oft am Alten Markt vorbei und darüber, hielt auch mal an, um anschließend weiter zu fahren. Oder auch mal ein Foto zu schießen oder ein Eis im Auto zu essen. Der Alte Markt ist normalerweise ein Platz mit Cafés rundherum, nun gähnend leer.

Nach ca. 1,5 Stunden wurden die Hygiene-Sparzierenden auf dem Platz im Prinzip eingekesselt. Von allen Seiten kamen Beamte, die Personalausweise wurden kassiert und etwa zwölf Anzeigen wegen Ordnungswidrigkeiten wurden geschrieben.

Viele jüngere Beamte waren unsicher. Auch der 4-Sterne-Chef nahm sich dem aktuellen Urteil des BVerfG nicht an. Nur ein sehr großgewachsener Beamter, welcher auch sehr freundlich auftrat; er werde das von uns ausgedruckte Urteil recherchieren, mache eben seinen Job. Es sei »nix Persönliches«, nicht inhaltlich begründet also. Das verstehen wir.

Der 4-Sterne-Boss wusste von nichts und agierte eher aggressiv, stand selber unter Druck. Und immer wieder hörten wir: »Corona-Verordnung und das ist Polizeirecht!« Ach ja, das Ordnungsamt war auch zu dritt vertreten und fragte: »Was will der 4-Sterne-General nun von uns?«

Am Ende war es eher eine Versammlung von Beamten, welche den Abstand nicht einhielten. — Kurzum, ein paar wenige haben den Platz vorher schnell verlassen, alle anderen bekommen nun Ordnungswidrigkeiten, die laut BVerfG rechtswidrig sind. Das sehen wie also gelassen. — Schade: Die Polizei hatte gar keine Kenntnis von dem BVerfG-Urteil vom 15.4. Das Zusammentreffen mit den Beamten ist aber in vernünftigen Bahnen verlaufen, regt vielleicht auch dort zum Nachdenken an.
Kontakt: nichtohneuns.de/regional

ÄRZTINNEN UND ÄRZTE IM DEMOKRATISCHEN WIDERSTAND:

Meine Einschätzung der Lage

von Dr. med. Alexander Richter, Mitglied des Demokratischen Widerstandes, Stadland (Wesermarsch)

MEDIZINISCH: Als langjähriger Arzt für Chirurgie, Sportmediziner und Notfallmediziner sowie Instruktor für Arthroskopie durfte ich nicht nur in Deutschland, sondern seit 2003 auch in Lateinamerika — vor allem in Mexiko — berufliche und menschliche Erfahrung sammeln. Unter Hinzuziehen aller mir zugänglichen Quellen und in Einklang mit meinem Wissen und meiner Erfahrung bin ich mit vielen Experten einer Meinung, dass es sich bei der vorliegenden Coronaviruserkrankung um ein Phänomen handelt, dass uns Menschen gut bekannt ist, uns jährlich wiederkehrend trifft und mit der normalen Grippe vergleichbare Erscheinungen wie Vorkommen und Mortalität in der Bevölkerung hat. Aus medizinischer Sicht besteht weder Grund zu besonderem Handeln noch zu übermässiger Vorsicht. Besonders anfällige Personen sollten sich entsprechend sinnvoller Vorgaben individuell schützen. SIEHE S. 8/9

POLITISCH: Die medizinisch nicht begründbare weltweite Panik und Hysterie ist meines Erachtens bewusst politisch induziert. Die nicht nur in Deutschland getroffenen, der medizinischen Lage nicht angemessenen Massnahmen, übersteigen bei weitem die erforderliche Verhältnismässigkeit. Die Einschränkung bzw. Aufhebung gravierender Grundrechte sowie die Art und Weise der Änderung der Gesetzgebung ist mit nichts zu rechtfertigen. Wir laufen unter Aushebelung der Grundgesetze Gefahr, uns einer massiven globalen und diktatorischen Kontrolle unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Gesundheit unterwerfen zu müssen. Dies muss mit allen zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln verhindert werden.

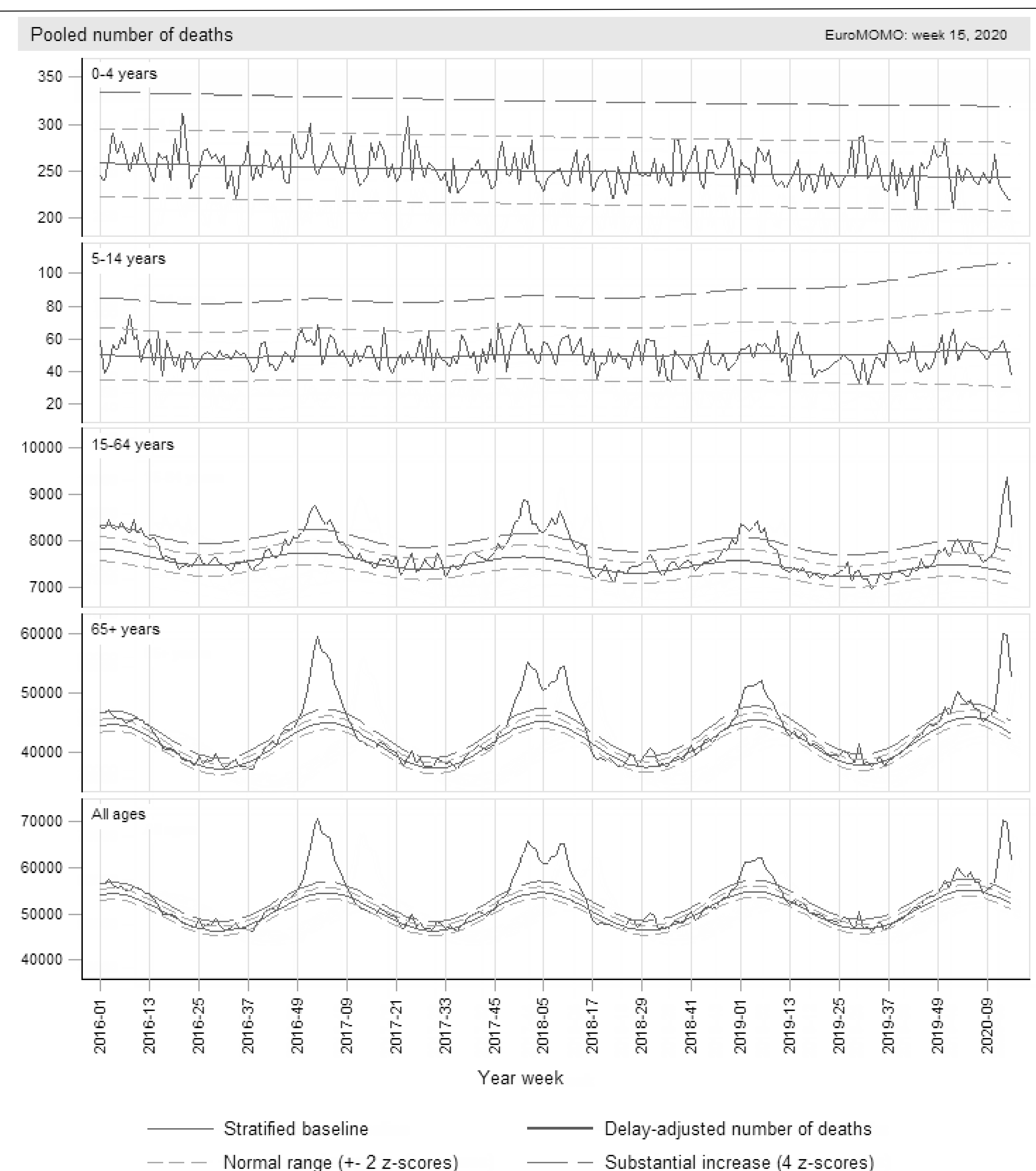
WAS ZEIGT DIESE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die Statistik zeigt, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 unter den Zahlen von 2016 liegt und ganz ähnlich den Zahlen von 2017, 2018 und 2019 ist. Es gibt demnach keine Übersterblichkeit. Der Sars-Cov-2-Virus (Corona) existiert. Er ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist aber keine besonders bedrohliche Erkrankung. Corona ist nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als jede andere Grippeinfektwelle, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfindet.

Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich — oder gar menschheitsbrohend —, dann müsste die Sterberate von uns als Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall.

Die Statistik ist von Euromomo. Dies ist die offizielle Statistik der Gesundheitsinstitutionen in der Europäischen Union. Diese Statistiken werden wöchentlich herausgegeben, um zu ermitteln, ob besondere Gefahren für Leib und Leben etwa durch Seuchen bestehen. Es gibt keine außergewöhnlich bedrohliche Seuche. Euromomo bedeutet »European monitoring of excess mortality for public health action«. Übersetzt: Europäische Überwachung der Sterberate für gesundheitliche Maßnahmen.

Die Zahlen für Winter/Frühjahr 2019/2020 sind normal: »Einige Experten zeichnen Horror-Szenarien, andere sehen es mit kühlem Kopf. Wäre uns das Virus nicht aufgefallen, hätte man vielleicht gesagt, wir haben dieses Jahr eine schwerere Grippewelle«, so Prof. Streeck, Virologe der Universitätsklinik in Bonn.



Grafik: Euromomo, 23. April 2020, 05:30 Uhr.

KRISE ALS CHANCE

Die aktuelle Krise ist umfassender, als die Mehrheit ahnt. Zu ihrer Bewältigung bedient sich unser Autor Sven Horner der Werkzeuge der psychologischen Krisenintervention (I), wendet diese erst skizzenartig auf das Krisen-Erleben der Allgemeinheit (II) und schließlich auf die demokratische Widerstandsbewegung im Speziellen an (III).

Individuelle Krisen erlebt fast jeder Mensch irgendwann in seinem Leben. In dieser aktuellen, kollektiven Krise der nahezu gesamten Menschheit jedoch erleben sehr viele Menschen gleichzeitig eine solche Krise.

I. DIE PHASEN EINER KRISE

In einer psychologischen Krise durchlaufen wir 3 Phasen. Bei einer plötzlich neuen, bedrohlichen Situation kommt es zuerst zu einer Schockreaktion, die wenige Momente bis Tage dauert. Unsere Welt kommt völlig durcheinander, wir reagieren mit Apathie, Verdrängung, Gefühlsausbrüchen oder scheinbarem Funktionieren.

Blicken Sie einmal kurz auf die letzten Wochen zurück: Wie haben Sie reagiert?

Je nach dem, wie hart es Sie persönlich getroffen hat und wie Sie die Lage subjektiv bewerten, werden Sie sich in dieser Beschreibung unterschiedlich wiederfinden. Alles davon ist natürlich und menschlich.

Viele von uns befinden sich inzwischen am Anfang der zweiten Phase, der Reaktionsphase. Sie erstreckt sich über Tage bis Monate. In der Reaktionsphase einer Krise können wir an uns emotionale Turbulenzen oder Apathie beobachten. Sogar körperliche Begleitsymptome sind möglich. Der Verlauf dieser Reaktionsphase bestimmt, ob wir diese Krise bewältigen und an ihr wachsen, oder ob uns die Bewältigung nicht gelingt und sie sich stattdessen weiter zuspitzt oder chronisch wird.

Gelingt es uns, erfolgt die dritte Phase, die Neuorientierung.

II. WAS HILFT DEN MENSCHEN, DIESE KRISE ZU BEWÄLTIGEN?

Was die Psychologie uns hier über den einzelnen in Krisensituationen verrät, lässt sich gewissermaßen auch auf die Menschheit als Ganzes übertragen. Wir befinden uns gerade allmählich am Anfang der Reaktionsphase. Wir alle haben es nun in der Hand, ob es zu einer Zuspitzung der Krise kommt, ob Sie chronisch wird, oder ob wir sie bewältigen und uns dadurch neu orientieren.

Diese Krise wird wohl kaum von unseren Regierungen gelöst werden, denn das Schlimmste steht uns wohl noch bevor: Der globale Zusammenbruch der Wirtschaft mit allen Folgen und Kettenreaktionen. Den kann dann niemand mehr kontrollieren. Der Zusammenruch wird auch, aber nicht ausschließlich, eine Folge von Regierungshandeln und -unterlassen in der Vergangenheit sein.

Bei persönlichen Krisen kann man zwar therapeutische Hilfe in Anspruch nehmen, aber ohne aktive Mitwirkung in der Therapie wird sich in der Regel nichts zum Besseren wenden. Übertragen wir dies sinnbildlich auf die Menschheitsfamilie, erleben wir derzeit weltweit Politiker, die ja auch nur Menschen sind und genau wie wir auch die Phasen einer Krise — Schock und Reaktionsphase — durchlaufen müssen. Die sich aber bei ihrer Entscheidungsfindung zusammen mit einer handvoll »Experten« vom Rest der Menschen tendenziell abschotten. Gegenseitige Therapie ist also nicht möglich.

POLITIKER, DIE SICH VOM REST DER MENSCHHEIT ABSCHOTTEN

Die Medien, in der Masse wenig kritisch und schon gar nicht oppositionell, fungieren bislang weitestgehend als verstärkende Echokammer und verfehlen dadurch Ihre wichtige Rolle der kollektiven Meinungsbildung und damit Lösungsfindung, die nur dann möglich ist, wenn eine ausgewogene Meinungsvielfalt herrscht.

Doch in ihrer auf den Schock folgenden Reaktion haben sich die Regierenden überwiegend zum autoritären Durchgreifen entschieden. Wohl aus Angst oder gar Panik?

Der Entschluss zum Durchgreifen geht deutlich aus dem vertraulichen, aber *geleakten* Strategiepapier des Bundesinnenministeriums hervor, in dem vier mögliche Szenarien des Verlaufs der »Corona«-Krise, mit Fokus auf die wirtschaftlichen Schäden und Folgeschäden skizziert werden. Es trägt den Titel »Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen« und enthält unter anderem Sätze wie den folgenden:

»Sollten die hier vorgeschlagenen Maßnahmen zur Eindämmung und Kontrolle der Covid-19-Epidemie nicht greifen, könnten im Sinne einer ›Kernschmelze‹ das gesamte System in Frage gestellt werden. Es droht, dass dies die Gemeinschaft in einen völlig anderen Grundzustand bis hin zur Anarchie verändert. Dementsprechend wäre es naiv, davon auszugehen, dass ein Rückgang des BIP um eine zweistellige Prozentzahl, etwa jenseits der 20%, eine lineare Fortschreibung der Verluste aus dem Fehlen einiger Arbeitstage bedeuten und ansonsten das Gesamtsystem nicht in Frage stellen würde. Aus diesem Grund ist die – alle anderen Überlegungen dominierende – Strategie der Eindämmung mit Vorkehrungen zu verbinden, um die ökonomischen Konsequenzen so gering wie möglich zu halten.«

Daraus lässt sich schließen, dass die wirtschaftlichen Schäden auch für die Regierung längst absehbar sind. Sie weiß sich aber offenbar nicht anders zu helfen, und hält es nicht für nötig, die Bevölkerung frühzeitig zu informieren, sondern setzt statt dessen auf folgende Strategie. Zitat:

»Worst case verdeutlichen! Wir müssen wegkommen von einer Kommunikation, die auf die Fallsterblichkeitsrate zentriert ist. Bei einer prozentual unerheblich klingenden Fallsterblichkeitsrate, die vor allem die Älteren betrifft, denken sich viele dann unbewusst und uneingestanden: ›Naja, so werden wir die Alten los, die unsere Wirtschaft nach unten ziehen, wir sind sowieso schon zu viele auf der Erde, und mit ein bisschen Glück erbe ich so schon ein bisschen früher‹. Diese Mechanismen haben in der Vergangenheit sicher zur Verharmlosung der Epidemie beigetragen. Um die gewünschte Schockwirkung zu erzielen, müssen die konkreten Auswirkungen einer Durchseuchung auf die menschliche Gesellschaft verdeutlicht werden.«

Es folgt eine Aufzählung, die Sie im Original auf der Seite der Transparenz-Initiative *fragdenstaat.de* nachlesen können.

Wenn Sie mich fragen, begehen die Autoren des Strategiepapiers einen schweren Fehler, indem Sie die Maßnahmen und Ihre Auswirkungen lediglich isoliert betrachten, als fänden Sie nur innerhalb der Bundesrepublik statt. »Hallo liebe Menschen, die Ihr Euch anmaßt so bevormundend über unsere Zukunft zu bestimmen: Wir leben in Zeiten einer global vernetzten Wirtschaft, vor dessen ebenfalls globalen Kollaps wir uns nicht abschirmen können. Und wenn wir noch so hohe Mauern bauen. Was wird Eure Antwort darauf sein?«

AUCH WENN WIR NOCH SO HOHE MAUERN BAUTEN...

Ich will verdeutlichen: Sich nun auf die Politik zu verlassen, würde bedeuten, die uns Regierenden in Ihrer schweren Verantwortung und bei der Krisenbewältigung allein zu lassen.

Es kommt jetzt also mehr denn je auf jeden von uns an, die eigenen Ressourcen zu mobilisieren, um gemeinsam diese Krise zu bearbeiten und schließlich zu bewältigen!

Wenn durch plötzliche Veränderungen unsere persönliche Welt aus den Fugen gerät, oder auch nur droht dies zu tun, so folgt als Reaktion auf unsere veränderte Umwelt ein entsprechendes Chaos in unserem Gehirn. Alte Muster hören auf zu funktionieren. Wir erleben Verunsicherung bis hin zu Angstzuständen und Panik. Es kommt zu Stressreaktionen im Körper. In der Neurobiologie nennt man das Inkohärenz.

In dieser Phase suchen wir naturgemäß Halt und Orientierung wieder herzustellen, und unser Gehirn stellt dafür teilweise ungeahnte Ressourcen zur Verfügung. Es kann aber auch zu Verhärtung und verkrampftem Festhalten an alten Mustern kommen, was in der Regel dann die Krise nur verstärkt. Im besten Falle werden Menschen wachgerüttelt. Sind alarmiert, aber geistig aufnahmefähig. Öffnen Ihre Scheuklappen. Wollen verstehen. Suchen nach Lösungen. Unser Gehirn möchte die Kohärenz wieder herstellen. Und genau darin liegt die Chance einer Krise.

So gesehen befinden wir uns also gerade in einem relativ kurzen, relativ ruhigen Zeitfenster vor dem Sturm, in dem wir alle gemeinsam diese Krise bearbeiten und uns auf den zweiten Teil der Krise vorbereiten können.

Gegen das, was uns in den kommenden Wochen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs bevorsteht, werden die letzten Wochen wie Urlaub erscheinen.

ÖLPREIS INS NEGATIVE GERUTSCHT

Heute, am Dienstag den 21. April, durfte ich *live* miterleben, wie der Ölpreis ins Negative rutschte und mensch also zeitweise Öl-Zertifikate nur mit einer zusätzlichen Zahlung von bis zu 40$ pro Barrel an den »Käufer« loswerden konnte. Ein historisches Ereignis.

In Italien kam es bereits Ende März zu ersten Plünderungen von Supermärkten (1). Wenn es in den kommenden Monaten aufgrund der globalen, wirtschaftlichen Vollbremsung zu Engpässen in der Versorgung mit Lebensmitteln kommen sollte, die Leute in Panik verfallen und Hamsterkäufe tätigen, die Engpässe dadurch noch verschlimmern, kommt es auch hierzulande nicht nur zur Inflation, sondern auch zu Plünderungen. Die Bundeswehr im Innern ist dann womöglich Realität — wenn auch grundgesetzwidrig und illegal.

Massenarbeitslosigkeit wird ebenfalls zu Destabilisierung und Aufruhr füh-

ren, zu politischen Verwerfungen und einem weiteren Rechtsruck. Mindestens jedoch kommt es zu schlechteren, unmenschlicheren Arbeitsbedingungen.

Amazon, als einer der wenigen Gewinner, baut seine Monopolstellung dank der Krise weiter aus und wirbt sogar gezielt neue Arbeitskräfte aus Branchen an, die gerade von der Krise besonders stark betroffen sind.

Jeder Tag, an dem die Wirtschaft global weiterhin gedrosselt ist, erhöht die Geschwindigkeit mit der wir nach dem Zusammenbruch aufprallen werden.

Lieber Leser, wir sind am Ende des II. Teils und Sie wundern sich vielleicht, was der Allgemeinheit nun helfen kann diese Krise zu bewältigen?

Ich muss Sie enttäuschen: Mir fällt nichts ein. Außer: Widerstand und einen neuen Aufbruch der Demokratie! Wider der autoritären Bevormundung!

Wider des Belassens in Ahnungslosigkeit zu unserem vermeintlichen Wohl!

Wider der gezielten emotionalen Beeinflussung mit Angst und Schrecken!

Wider der Unterdrückung von WissenschaftlerInnen, Medizinern und Juristen, die andere Lösungsansätze anregen wollen!

Wider der Verunmöglichung von demokratischer Willensbildung!

Diese Krise geht uns alle an, denn wir werden Sie alle tragen müssen! Wenn Ihr uns nicht fragt, so werden wir trotzdem sprechen und handeln!

III. WELCHE ROLLE SPIELT DER DEMOKRATISCHE WIDERSTAND BEI DER KRISENBEWÄLTIGUNG?

Die drastischen Einschränkungen unserer Freiheit, die viele von uns ja auch noch immer als notwendig erachten, erschweren es erheblich, gemeinsam diese Krise zu bearbeiten. Menschen, die das Kontaktverbot weitestgehend akzeptieren und sich ins »Home-Office« zurückziehen, und nur stark reduziert soziale Kontakte jenseits der »sozialen« Medien haben. Menschen, die vereinzelt sind. Menschen, die noch keinen Zugang zu freiem Journalismus gefunden haben.

All diese Menschen trifft es besonders schwer, denn es fehlen Ihnen wichtige Ressourcen der Krisenbewältigung. Das ist fatal. Denn entfaltet der globale Kollaps erst einmal seine Wirkung, wird keine Regierung der Welt dies mehr »verheimlichen« können. Es wird erneut zu einer Schockreaktion unter den ahnungslosen unter uns Menschen kommen, während die erste Krise aber noch gar nicht bewältigt ist.

Als diejenigen, die der begründeten Ansicht sind, dass der Virus nicht annähernd so bedrohlich ist, wie uns vermittelt werden soll, haben wir die geistige Freiheit und innere Rechtfertigung die lähmenden Maßnahmen zu umschiffen und zu überwinden. Auf allen zu Verfügung stehenden Wegen, können wir einander Halt und Hoffnung geben:

Rechtsstaatlich-juristisch, insoweit der Rechtsstaat noch Bestand hat.

Durch Kunst, direkte Aktion und zivilen Ungehorsam.

Durch selbstorganisierten Journalismus, wie ihn diese Zeitung in Ihren Händen darstellt, gemeinsam finanziert durch Spenden, die Mehrzahl davon MedizinerInnen, Anwälte und ebensoviele ArbeiterInnen.

Durch unzähliges weiteres und vor allem durch soziales Erleben und Geschehen, trotz aller kontaktverhindernden Maßnahmen!

Was eignete sich in dieser Lage besser, uns gegenseitig Halt zu geben, als gemeinsam für eine selbstbestimmte Krisenbewältigung und Neuorientierung zu streiten?

Mit gemeinsamen Werten — die die Basis für die Lösung und Integration von Meinungsdifferenzen bilden. Die ersten 20 Artikel unseres Grundgesetzes sind dafür keine schlechte Grundlage, wenn Sie denn gelebt werden (dürfen).

Um ungehindert diese Krise bewältigen und uns auf die kommende Wirtschaftskrise vorbereiten zu können, müssen wir von unseren Grundrechten Gebrauch machen und sie gegen den Versuch und den Tatbestand ihrer verfassungswidrigen Einschränkung verteidigen!

Die Versammlungsfreiheit (Artikel 8) zum Beispiel, oder die Presse- und Meinungsfreiheit (Artikel 5) oder auch die verfassungsmäßige Ordnung und das Recht zum Widerstand gegen jeden, der es unternimmt sie zu beseitigen, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist (Artikel 20), um nur einige zu nennen.

Artikel 1 und 20 stehen zwar unter der sogenannten Ewigkeitsklausel und können nicht geändert werden. Die anderen Grundrechte können per Gesetz eingeschränkt werden. Ob diese Gesetze verfassungswidrig sind, wenn sie dann im Eilverfahren schon beschlossen und in Kraft getreten sind, so wie die Überarbeitung des sogenannten Infektionsschutzgesetzes — das soll übrigens in den kommenden Tagen erneut geschehen — entscheidet in vorletzter Instanz das Bundesverfassungsgericht! Und in letzter Instanz das »Volk« gemäß Artikel 20 GG. Denn da steht, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Und das sind, wohlgemerkt, alle anwesenden Menschen.

Der Autor dieses Textes, Sven Sebastian Horner ist Gärtner, Geheimwerker und, sozusagen, »Zen-Meister« des Demokratischen Widerstandes in Erfurt.

MITDENKEN STATT MITLAUFEN – EIN APPELL AN ALLE FREUNDE DES GRUNDGESETZES

von Dr. Tamara Ganjalyan, Gießen

Erinnern Sie sich noch an Ihre Schulzeit, damals, im Geschichtsunterricht? Oder an diese Dokumentationen im Fernsehen mit den Schwarzweißbildern, gerne mal von Guido Knopp moderiert, wo wir alle sie gesehen haben, die Massen, die damals (wann war das nochmal, da war doch was mit Weltwirtschaftskrise...?) mit leuchtenden Augen und gezücktem rechtem Arm an den Straßenrändern standen, weil – ja weil es halt (fast) alle so machten und die Menschen, die da so brav an den Straßenrändern standen dachten, das Richtige zu tun? Und dann hörten wir von all den unglaublichen Dingen, die damals geschahen: Abschaffung der Demokratie, Etablierung eines totalitären Staats, Ende der Meinungsfreiheit, Ende der Bürgerrechte, usw. usf. .... den Rest der Erzählung kennen Sie bestimmt!

Und dann, in einer dieser Geschichtsstunden in der Schule oder beim Ansehen der Fernsehdokumentation oder beim Lesen von Augenzeugenberichten aus jener Zeit, da haben die meisten von uns sich wahrscheinlich früher oder später gefragt: »Wie konnte es nur sein, dass die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung mit all dem entweder einverstanden war oder einfach weggesehen hat? Nicht aufgestanden ist, als noch Zeit dafür war? Nicht den Mund aufgemacht hat, als es noch die Möglichkeit dazu gab?« Warum nur haben nicht Tausende, Hunderttausende, Millionen Menschen damals aufgeschrien und gesagt: »Nein! Wir sind damit nicht einverstanden! Wir wollen unsere Freiheiten, unsere Bürgerrechte nicht aufgeben! Wir wollen unser Recht auf eigenes Denken, auf eigene Meinungen nicht preisgeben!«?

Und viele von uns haben im Glauben an die eigene moralische Überlegenheit mit dem Finger auf frühere Generationen gezeigt und selbstherrlich verkündet: »Wenn ich damals dabei gewesen wäre, ich hätte da nicht mitgemacht. Ich wäre kein Mitläufer gewesen. Ich hätte nicht alles unverdaut geschluckt, was mir das Propagandaministerium, die Presse und der Rundfunk pausenlos um die Ohren gehauen hätte. Ich bin doch aufgeklärt, nicht manipulierbar, ich denke selbst und folge nicht einfach blind den Medien oder meiner Regierung«.

Wir schreiben das Jahr 2020.

Ein Virus ging um die Welt. Einer von vielen, die jedes Jahr um die Welt gehen. Einer der – wie andere Viren, Bakterien und sonstige Erreger – Menschen krank machen und Menschen auch töten kann. Jeden Tag sterben Menschen, überall auf der Welt. Im Winter sind es mehr, da ist Erkältungs- und Grippezeit. Respiratorische Krankheiten können vor allem für ältere und schwer vorerkrankte Menschen gefährlich sein. Das war immer so. Das wird immer so sein. Im Übrigen sterben Menschen auch an Krebs, Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Verkehrsunfällen, Hunger, Gewalt und vielen anderen bedauerlichen Dingen. Jeder einzelne Tod ist eine Tragödie für die Angehörigen und wir sollten – im jeweils angemessenen, medizinisch gebotenen und wissenschaftlich fundierten Maß – geeignete Schritte ergreifen, um die Schwächeren in unserer Gesellschaft zu unterstützen (übrigens immer schon, nicht erst seit Mitte März diesen Jahres).

Bisher hat die Tatsache, dass Menschen sterben, wohl die meisten von uns – und vor allem: die Massenmedien – deutlich weniger interessiert als momentan. Warum das heute, in Bezug auf SARS CoV-2 so eklatant anders ist, darüber erlaube ich mir kein Urteil. Möglicherweise wird es am Ende auch relativ unerheblich sein, ob es nun tatsächliche und aufrichtige Besorgnis politischer Entscheidungsträger war, die nach bestem Wissen und Gewissen glaubten, zu sehr drastischen Maßnahmen greifen zu müssen, oder ob es an einem Dominoeffekt lag, der die Regierungen vieler Länder der Welt zu übereiltem und überzogenem Agieren trieb, in der Angst, sich hinterher keine Versäumnisse vorwerfen lassen zu müssen, oder ob andere Interessen (die üblichen Verdächtigen wären jedenfalls: Macht, Geld, Einfluss) weitreichende Entscheidungen maßgeblich beeinflusst haben – oder aber ob es eine Kombination all dieser Faktoren war, was schließlich auch eine Möglichkeit ist, wie man nicht vergessen sollte.

Es mag am Ende unerheblich sein in dem Sinne, dass wir – so oder so – die Konsequenzen besagter politischer Entscheidungen zu tragen haben. Wir, die wir jetzt leben und handeln (können) und die, die nach uns leben und handeln und aus der nahen oder ferneren Zukunft auf uns Heutige zurückblicken werden.

Ich hoffe von Herzen, dass diese Menschen – unsere Kinder, unsere Enkel, unsere Urenkel – nicht im Glauben an die eigene moralische Überlegenheit mit dem Finger auf uns zeigen werden. Ich hoffe, dass sie uns nicht werden fragen können: »Mama (Papa, Oma, Opa,...), warum hast du damals nichts gesagt? Damals, als es anfing? Warst du einverstanden mit der Suspendierung der Grundrechte? Mit der Beschneidung deiner bürgerlichen Freiheiten? Hast du alles unverdaut geschluckt, was dir die Regierung, die Presse und der Rundfunk pausenlos um die Ohren gehauen haben? Oder hast du einfach weggesehen, aus Feigheit, aus Angst vor den Behörden oder der Meinung deiner Mitmenschen? Warum warst du Mitläufer statt Mitdenker?« —›

Hinein zum 1. Mai!

Theater sind gesellschaftliche Aushandlungsorte. Hier werden die Fragen behandelt, die eine Gesellschaft umtreiben. In der Vergangenheit konnten wir beobachten, dass diese Institutionen gerade dann wichtig waren, wenn große gesellschaftliche Umbrüche stattfanden.

MEINUNG — von Hendrik Sodenkamp

Niemand bezweifelt, dass wir gerade einen Umbruch von historischem Ausmaß erleben. Selbst eine sonst recht trockene Bundeskanzlerin bezeichnet die derzeitige Situation als den größten Einschnitt seit dem Zweiten Weltkrieg. Manche gehen von einer Tragweite aus, welche mit der des Ersten Weltkrieges vergleichbar ist, andere gar der Renaissance. Die Theater aber sollen geschlossen bleiben?

»Konzerthäuser, Theater und Opernhäuser dürfen bis einschließlich 31. Juli nicht öffnen«, so verkündete es die Stadt Berlin am 21.04.2020. »Kinos und ähnliche Einrichtungen, Messen und Spezialmärkte, Clubs und Diskotheken, Spielhallen, Spielbanken, Wettannahmestellen und Ähnliches sowie Prostitutionsstätten« bleiben »ebenfalls bis zunächst 10. Mai [!] geschlossen«. In den anderen Städten des Kontinents sieht es ähnlich aus. Während Shopping Malls geöffnet und der Autokauf erlaubt wird, werden Versammlungsorte verschlossen, die in der Verfassung durch die Kunstfreiheit geschützt sind? Bühnen, die es uns ermöglichen, in die Verhandlung über unser aller Zukunft einzugreifen, sie zu kommentieren oder selber zu bestimmen?

SHOPPING MALLS AUF – THEATER ZU?

Am Rosa-Luxemburg-Platz steht die Volksbühne. Kein Mäzen, kein Kardinal, kein reicher Bürger und auch kein Staat haben sie gebaut. Das Theater wurde von uns Leuten finanziert, hochgezogen und betrieben. Sie gehört somit uns allen und wir können über sie verfügen.

Der berufspolitisch bestimmte Interimsintendant Klaus Dörr hat diese Woche bekannt gegeben, das Haus bis zum Ende der Spielzeit leer stehen zu lassen. Unzugänglich für die Stadt und die Menschen der Republik, die sie gerade jetzt als Aushandlungsort benötigen. Das können und werden die KünstlerInnen nicht zulassen wollen.

Am 01. Mai 2020 beginnt allem Anschein nach an der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz die »Notstands-Intendanz«. Aus der Stadt, dem ganzen Land und der Welt werden Menschen an dieses Haus kommen und diejenige Frage behandeln, die jetzt öffentlich verhandelt und beantwortet werden muss. Denn weder wird sie in den Parlamenten besprochen, noch wird sie *televised*.

Die Frage ist in Anbetracht des Zusammensackens der Neoliberalen Epoche und deren Herrschaftssystem sehr konkret: Wie wollen wir ab jetzt wirtschaften und uns politisch organisieren? Eine Verfassungsgebende Versammlung der Ökonomie, geschützt durch die Kunstfreiheit soll es sein.

Wie bei allen umwälzenden Prozessen wird es dabei auch zu einer Reihe von ästhetischen Umbrüchen kommen, neue Wahrnehmungen des Menschen werden entworfen und verworfen, tumultartige Szenen werden sich ereignen. Es wird Klaus' größte Leistung gewesen sein, nichts dagegen unternommen zu haben.

Die Hygiene soll wohl eingehalten werden. Bis zum 1. Mai ergeben sich demnach vier Forderungen an die sich vorbereitende Intelligenz:
1. Sofortiger Rückzug aus dem Privaten
2. Einhaltung und Wahrung der Grenzen der Vernunft
3a. Endgültige Anerkennung des Abschlusses einer Epoche
3b. Bereitschaft dazu, Wiederaufbauhilfe zu leisten. Denn man hört:

»HINEIN ZUM 1.MAI – DIE VOLKSBÜHNE WIRD WIEDER ERÖFFNET!«

—› (Fortsetzung von Seite 5.)

Wir schreiben immer noch das Jahr 2020.

Jetzt ist die Zeit, seine Meinung zu äußern. Auch öffentlich. Jetzt ist es Zeit, Farbe zu bekennen. Auch wenn man – jedenfalls dem Anschein nach – eine Minderheitenmeinung vertritt. Denn es geht jetzt nicht darum, wie viele Likes man auf Facebook, Twitter oder Youtube erhält. Es geht jetzt nicht darum, möglichst viel Sympathie und Zuspruch zu erhalten, indem man dem Strom folgt, wenn dieser in die falsche Richtung fließt, weil er dem eigenen Wissen und Gewissen zuwiderläuft! Und es geht jetzt nicht darum, Kritik zu vermeiden, sich keine Blöße zu geben, sich wegzuducken, weil »das halt alle so sagen/machen«!
Worum es jetzt geht ist: den Mund aufmachen, Präsenz zeigen, Briefe schreiben, an die Öffentlichkeit gehen (das Internet bietet tausend Möglichkeiten dazu). Und ja, auch wenn man dann vielleicht ein paar unfreundliche Kommentare erntet, auch wenn der ein oder andere Arbeitskollege, Nachbar oder Passant auf der Straße einen vielleicht nicht mehr mag. Das aber sollte uns jetzt nicht mehr interessieren, weil es um etwas viel, viel Wichtigeres geht als darum, was Frau Müller oder Herr Schmidt von einem halten.

Es geht um den Rechtsstaat. Es geht um unsere bürgerlichen Freiheiten. Es geht um die Demokratie.

***Tamara Ganjalyan**, geboren 1981 in Wien, studierte Geschichte mit dem Nebenfach Osteuropäische Geschichte. Promotion an der Fakultät für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig. Sie arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Neuere Geschichte der Universität Gießen. Arbeiten u.a. zu diasporischen Minderheiten im vorrevolutionären Russland und der Theorie und Geschichte des Globalen Kapitalismus.*

WIR SIND BERÜHMT! – ANTWORT AUF EINEN VERFEMUNGSVERSUCH IN DER GLEICHGESCHALTETEN TAZ

von Rosa von der Beek, Hamburg

Ja, ich glaube, dass unsere Regierung nicht die ganze Wahrheit sagt und Dinge vor uns verbirgt. Macht mich das zu einer Verschwörungstheoretikerin?

Wir fühlen uns sehr geehrt, im Zusammenhang mit der Corona-Affäre mit angeblichen Verschwörungstheoretiker*innen wie Beate Bahner, Wolfgang Wodarg, KenFM und Anselm Lenz (nichtohneuns.de) in einem Artikel aufzutauchen. Die Praxis ist aufklärungswürdig und das übernehmen wir, die Opposition. Und die fühlen sich jetzt umzingelt von Verschwörungstheoretiker*innen — ob das mal nicht eine Verschörungstheorie ist...

Wir wünschen uns jedenfalls, mit diesen mutigen Menschen eine große »Corona-Abschiedsparty« zu feiern, sobald dieser Spuk ein Ende hat – und zwar mit Edward Snowden und Julian Assange! Sollten wir bald alle politisches Asyl in Schweden beantragen müssen, feiern wir eben dort.

Ihr könnt uns nicht einschüchtern, wir bleiben dabei: Grundrechte sind nicht verhandelbar! Wir wollen unsere Freiheit zurück!
Der beschriebene taz-Artikel vom 10.4. schafft es leider nicht, etwas zur inhaltlichen Diskussion beizutragen. Die Autorin, eine gewisse Frau Frau Schipkowski, hat nicht nur schlecht recherchiert, sie macht auch die absurde Konstruktion auf, dass es uns nur »vermeintlich« um unsere Grundrechte ginge.

Dabei haben wir viel investiert und eine gründliche Klage für unsere Grundrechte eingereicht. Angesichts der hohen Kosten und der Arbeit, die so eine Klage mit sich bringt, dazu die Unsicherheit, ob diese Investition überhaupt lohnt, ist das schon ein starkes Stück! Wir verlinken diesen Schwachsinn daher nicht auf unserer Seite, denn wir wollen weder Hofberichterstattung noch Dummheit und Hetze eine Bühne bieten.

KEINE BÜHNE FÜR DIE HATER*INNEN UND REGIERUNGS-SCHLUFFIS VON DER TAZ – NIE WIEDER!

Wesentlich gehaltvoller ist der Artikel der freien Journalistin D. Hahn, den die taz zu drucken sich weigerte.

Wir sprachen am 3.4. mit ihr über die Gründe unserer Klage gegen die Stadt Hamburg wegen der verfassungswidrigen Einschränkung unserer Grundrechte. — Wir werden siegen und die werden verlieren!

Kontakt zum Demokratischen Widerstand in Hamburg: unsere-grundrechte.de und weitere Kontakte auf nichtohneuns.de/regional

VOM LOCKDOWN

Jetzt noch alle hinter Masken stecken? — Gehen wir mal davon aus, dass die Herrschaften nicht so plemplem sind, wie sie derzeit auftreten. *EINE POLEMIK von Hermann Ploppa*

Es geht nicht um Corona. Es geht nicht darum, Schaden von uns abzuwenden. Das bezeugt nicht zuallerletzt das reputierliche Robert-Koch-Institut.

Denn eine Grafik des RKI belegt, dass die so genannte Reproduktionsrate, also der Faktor, nach dem sich das Covid-19-Virus von einer Person weiter zu einer anderen Person überträgt, bereits vor dem so genannten *Lockdown* am 23. März 2020 auf unter 1 begeben hat.

Heißt also ganz schlicht und ergreifend: Die Übertragung stirbt ganz unspektakulär aus. Und wer mit vollem Recht annimmt, der Spuk müsse deshalb ein Ende nehmen und die Regierung würde einer Verschärfung der gesellschaftlichen Spannungen durch einen sanften Ausstieg aus dem Corona-Regime entgegenwirken, der täuscht sich gewaltig.

Jetzt, da traditionell jahreszeitlich bedingt Atemwegsinfektionen weitgehend zum Erliegen kommen und von Allergien abgelöst werden, verordnen immer mehr Landesregierungen in Deutschland eine Atemmasken-Pflicht. Ein Vermummungszwang sozusagen. Der Maskenball hat gerade erst begonnen.

In dieser Situation schlüpft Charité-Virologe Christian Drosten in die neue Rolle des Hofastrologen der Merkel-Regierung und sieht in der Glaskugel Potentiale für ein Comeback des tapferen kleinen Coronavirus: »Es wäre jammerschade, wenn wir sehenden Auges in einen Rückfall gingen.« Das gibt aber die Datenlage absolut nicht her. Das weiß auch Herr Drosten.

Es entsteht unwillkürlich der Eindruck, dass sich die öffentlich-privaten pharmakologischen Krankheitsmanager weit mehr von der Durchschlagskraft des Covid-19-Virus erwartet hatten als das, was jetzt eingetreten ist. Statt Kanonendonnerhall und apokalyptische Reiter jetzt nur ein klägliches »Piff« aus der Platzpatronenpistole.

Doch das Programm muss weiter durchgezogen werden. Dann muss man eben das Volk solange schikanieren und wütend machen, bis sich die erforderliche Immunschwäche endlich eingestellt hat. Stress schwächt nun einmal die körpereigene Immunität. Also geben Polizisten Warnschüsse ab auf Spaziergänger, um diese von der dringend benötigten Erholung abzuhalten.

Unglaublich aber wahr. Das passiert.

Das ganze Volk, der vielgestaltige Souverän, in Geiselhaft. So lange, bis um Impfungen gebettelt wird.

Das liest sich in der Telefonschalte von Frau Merkel mit den sechzehn Ministerpräsidenten der Länder am 20. April so: »Die Bundesregierung unterstützt deutsche Unternehmen und internationale Organisationen dabei, die Impfstoffentwicklung so rasch wie möglich voranzutreiben. Ein Impfstoff ist der Schlüssel zu einer Rückkehr des normalen Alltags. Sobald ein Impfstoff vorhanden ist, müssen auch schnellstmöglich genügend Impfdosen für die gesamte Bevölkerung zur Verfügung stehen.«

Offenkundig sehen unsere Politiker sich aktuell in erster Linie als Pharmavertreter. Atemmasken sollen die nötige Alarmstimmung erzeugen, um die Akzeptanz von Impfungen künstlich herzustellen.

DER KLEINE CORONA-VIRUS HAT AUF DER GANZEN LINIE VERSAGT

Nun ist im Prinzip unser Bundesgesundheitsminister höchstpersönlich kein Freund der Rotzmasken. Vor dem großen Lockdown hat Spahn den Sinn von Masken in Frage gestellt. Wir sahen ihn in einem Fahrstuhl, zwar mit Maske, aber auf engstem Raum mit anderen Leuten zusammengepfercht.

In einer Pressekonferenz hat Spahn vor kurzem vollkommen zutreffend darauf hingewiesen, dass sich im Lauf der Stunden im Raum zwischen Mund und Mundschutz ein gefährliches Feuchtbiotop entwickelt, in dem Keime nur so aufblühen. Nach sehr kurzer Zeit müsse die Maske bereits gewaschen werden.

Aber die Show muss ja weitergehen. Mit schlimmen Folgen für uns alle. Eine beispiellose Übergriffigkeit in unsere intimsten Lebensbereiche. So etwas hat es seit der Abschaffung der Leibeigenschaft nicht mehr gegeben. Eine vorsätzliche Körperverletzung zudem.

Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode. Unser Wille soll gebrochen werden. Aber es gibt auch noch andere Effekte, die den Strategen des Corona-Feldzugs anscheinend gar nicht so ungelegen kommen.

Zum einen verschärft der sanitäre Maulkorb die Isolation gegenüber unseren Mitmenschen. Wer jetzt schon in vorauseilendem Gehorsam das Mundgeschirr umlegt, wird von den noch freilaufenden Offenmündlern skeptisch begutachtet, was den Mundgeschirrträger in eine wütende Abwehrhaltung versetzt. Die gesellschaftlichen Spannungen werden verschärft, und es kostet schon jetzt viel Lebenskraft, Ruhe zu bewahren und sich durch die Schlachtfelder der Supermärkte zu lavieren ohne zusätzlichen Adrenalinschub.

Viele Maskenträger schauen gebrochen und verschämt zu Boden. Nach dem Lockdown kommt nun der *Lookdown*. Die ganze Körperhaltung ist gebeugt.

Offenkundig soll es ja auch dem gewerblichen Mittelstand an den Kragen gehen. Der Einzelhandel darf wieder seine Läden öffnen. Und? Die Kunden dürfen nur einzeln eintreten. Vor der Tür bilden sich Warteschlangen wie in der Endzeit der DDR. Drinnen dann in innerer Unruhe mit äußerem Maulkorb einkaufen.

Der Einzelhandel verdient nichts, muss aber Verkäufer bezahlen. Die Creditreform sagt jetzt schon Masseninsolvenzen für den Herbst voraus.

Larry Fink, der Chef der weltweit agierenden Vermögensverwaltungsgesellschaft Blackrock, verspricht seinen Anteilseignern »hervorragende Investitionsmöglichkeiten« in der Nach-Corona-Weltordnung. Alles klar?

So lange noch die deutschen Untertanen in kindlich-kritiklosem Vertrauen ihre irre gewordenen Eltern beim Sturz von der Klippe begleiten, wird sich hier nichts zum Guten wenden. Doch die Corona-Inszenierung hat natürlich auch ihr Gutes: denn mit einem Schlag wird einem größeren Personenkreis drastisch bewusst, dass wir auf uns selbst gestellt sind wie Hänsel und Gretel.

Wir müssen uns selber organisieren und die Realwirtschaft wieder in unsere eigenen Hände nehmen. Die öffentlich-private Corona-Seilschaft hängt gerade in der Luft, denn das blöde kleine Corona-Virus hat auf der ganzen Linie versagt. Das ist unsere Chance. Nutzen wir sie, bevor die nächste Katastrophe aus dem Hut gezaubert wird.

Hermann Ploppa ist Politologe und Publizist in Marburg an der Lahn. Er veröffentlichte mehrere kontrovers besprochene Bücher zum Thema internationaler Wirtschafts- und Politlobbykartelle.

ZUM LOOKDOWN

127 Experten

Überall auf der Welt kritisieren hochrangige WissenschaftlerInnen, Ärzte, Juristen und andere Experten den Umgang mit dem Coronavirus. Es gibt weltweit eine wissenschaftliche und journalistische Opposition, die verschwiegen und unterdrückt wird.

Hier finden Sie eine Auswahl von über 120 Expertenmeinungen zu Corona, darunter etliche Aussagen von hochrangigen Medizinern und Virologen.

Diese folgende Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es sind ja noch viel mehr (1). Die Fortsetzung der Liste lesen Sie gern auf nichtohneuns.de/virus — und an vielen weiteren Stellen.

„Er untersucht mit seinem Team in Hamburg die Corona-Opfer: Nun hat der Hamburger Rechtsmediziner Klaus Püschel an Kanzlerin Angela Merkel appelliert, Deutschland langsam wieder aufzumachen. ‚Jetzt ist der richtige Zeitpunkt', sagt Püschel dem ‚Hamburger Abendblatt'. Er fügte hinzu: ‚Die Zeit der Virologen ist vorbei. Wir sollten jetzt andere fragen, was in der Coronakrise das Richtige ist, etwa die Intensivmediziner.' Nach seinen Erkenntnissen ist Covid-19 ‚eine vergleichsweise harmlose Viruserkrankung'. Die Deutschen müssten lernen, damit zu leben, und zwar ohne Quarantäne. Die von ihm untersuchten Todesopfer hätten alle so schwere Vorerkrankungen gehabt, dass sie, ‚auch wenn das hart klingt, alle im Verlauf dieses Jahres gestorben wären', sagte Püschel." (2)
Professor Dr. Klaus Püschel ist Rechtsmediziner und Chef der Hamburger Rechtsmedizin.

„Wir kommen zu einem viel niedrigeren Wert von 1,6 Promille. Wenn wir also 1.000 Dänen haben, die diese Infektion hatten, dann gibt es ein bis zwei, die damit gestorben sind.' (...) Zusammen mit Kollegen führte er Blutuntersuchungen von knapp 1.500 Blutspendern durch (...) Das Blut wurde verwendet, um auf Coronavirus-Antikörper zu testen, und vorläufige Ergebnisse werfen ein neues Licht auf die Anzahl der Infizierten." (3)
Professor Dr. Henrik Ullum, Rigshospitalet Kopenhagen, Dänemark, Section for Transfusion Medicine, Centre of Diagnostic Investigation.

„Was wir brauchen, ist die Panik zu kontrollieren', sagte er. Im Großen und Ganzen wird es uns gut gehen. (...) Aber er wirft den Medien auch vor, unnötige Panik zu verursachen, indem sie sich auf die unerbittliche Zunahme der kumulativen Zahl der Fälle konzentrieren und Prominente ins Rampenlicht rücken, die sich mit dem Virus infizieren. Im Gegensatz dazu hat die Grippe seit September 36 Millionen Amerikaner erkrankt und schätzungsweise 22.000 getötet, so die CDC, aber diese Todesfälle werden weitgehend nicht gemeldet." (4)
Professor Dr. Michael Levitt, Professor für Biochemie, Stanford University, USA. Nobelpreis für Chemie 2013.

„Persönlich würde ich sagen, dass der beste Ratschlag ist, weniger Zeit mit dem Anschauen von Fernsehnachrichten zu verbringen, die sensationell und nicht sehr gut sind. Ich persönlich halte diesen Covid-Ausbruch für eine schlimme Wintergrippeepidemie. In diesem Fall hatten wir im letzten Jahr 8000 Todesfälle in den Risikogruppen, d.h. über 65% Menschen mit Herzkrankheiten usw. Ich glaube nicht, dass der aktuelle Covid diese Zahl überschreiten wird. Wir leiden unter einer Medienepidemie!" (5)
Professor Dr. John Oxford von der Queen Mary Universität London, Großbritannien, weltweit führender Virologe und Influenza-Spezialist.

„Ich empfinde, was im Moment läuft, ist das, was wir mehr oder weniger jeden Winter erleben. (...) Die Ansteckung ist hoch. Aber die Krankheit ist aus meiner Sicht nicht so schlimm wie die Influenza. (...) Ich bin der Ansicht, dass man eigentlich hier selektiv nur eine Sache anschaut und die mit einer gewissen Panik füllt. (...) Ich bin der Ansicht, dass wir solche Situationen schon mehrfach hatten und dass jetzt in Bezug auf die Maßnahmen der Bogen überspannt wird. (...) Wir brauchen Luft und Sonne, Luft verdünnt die Viren und Sonne mit UV Licht tötet sie. Aber bloß keine Ausgangssperre! Auf der Straße steckt man sich nicht an!" (6)
Professor Dr. Karin Mölling, international renommierte Virologin. Ehemalige Direktorin des Instituts für Medizinische Virologie in Zürich, Schweiz. Verdienstkreuz 1. Klasse der BRD.

„Covid-19. Scharfe Kritik an ARD und ZDF wegen Berichterstattung zum Coronavirus. (...) Dadurch inszeniere das Fernsehen zugleich Bedrohung und exekutive Macht – und betreibe ‚Systemjournalismus'. (...) Die Chefredaktionen haben abgedankt', folgert Jarren. In der Berichterstattung fehlten ‚alle Unterscheidungen, die zu treffen und nach denen zu fragen wäre: Wer hat welche Expertise? Wer tritt in welcher Rolle auf?' Gesendet würden zudem größtenteils einzelne Statements, eine echte Debatte zwischen Expertinnen und Experten entstehe nicht, schreibt der Medienwissenschaftler." (7)
Professor Dr. Otfried Jarren, Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich, Präsident der Eidgenössischen Medienkommission in der Schweiz.

„Zunächst: Mit der Verdreifachung der Tests ergab sich auch etwas mehr als eine Verdreifachung der positiv Getesteten. Diese Verdreifachung wurde den Bürgerinnen und Bürgern als Verdreifachung der Infizierten vorgeführt. (...) Weitreichende Entscheidungen bedürfen gesicherter Grundlagen. Genau das ist bisher vernachlässigt worden. Die wiederholte Gleichsetzung der Zahl positiv Getesteter mit der Zahl der Infizierten vernebelt den Blick, die Zählweise bei Corona-Toten ebenfalls. (...) Der Maßstab der Regierung, ab wann eine Abschwächung der Maßnahmen geboten ist, basiert auf einer Scheinzahl von Infizierten, die aber nichts mit der Realität gemein hat." (8)
Professor Dr. Gerd Bosbach, Professor für Statistik, Mathematik und empirische Wirtschafts- und Sozialforschung und Mit-Autor des bekannten Buches „Lügen mit Zahlen".

„Erste Analysen österreichischer COVID-19 Sterbezahlen nach Alter und Geschlecht: Wir analysieren die Alters- und Geschlechtsverteilung der gemeldeten COVID-19 Verstorbenen in Österreich. Übereinstimmend mit internationalen Studien legen auch die österreichischen Daten nahe, dass das Sterberisiko mit dem Alter stark ansteigt. Die beobachtete Altersabhängigkeit ist konsistent mit der des allgemeinen jährlichen Sterberisikos in Österreich." (9)
Institut für Medizinische Statistik (IMS) der Medizinischen Universität Wien, Österreich.

„Wer rechnen kann und ein Zahlenverständnis hat, ist dem Schwindel der Statistik nicht wehrlos ausgesetzt. Das erweist sich gerade in der Corona-Krise als nützlich.' Meyerhöfer sieht ‚auch eine Krise der mathematischen Bildung'. ‚Wir sehen rasant steigende Infizierten-Zahlen, und diese Kurve ängstigt uns.' (...) ‚Es sind Zahlen, die Kontaktsperren und Geschäftsschließungen legitimieren' (...) Meyerhöfer verweist auf den statistischen Umgang mit den Verstorbenen: ‚In der statistischen Praxis wird ein Mensch, der mit Corona stirbt, als ein an Corona Gestorbener gezählt. Ob er an Corona gestorben ist, geht daraus nicht hervor.'" (10)
Professor Dr. Wolfram Meyerhöfer, Professor für Mathematik-Didaktik.

„Die Zahl der gemeldeten Infektionen hat nur eine geringe Aussagekraft, da kein populationsbezogener Ansatz gewählt wurde, die Messung auf einen zurückliegenden Zeitpunkt verweist und eine hohe Rate nicht getesteter (v.a. asymptomatischer) Infizierter anzunehmen ist. (...) Die allgemeinen Präventionsmaßnahmen (z.B. social distancing) sind theoretisch schlecht abgesichert, ihre Wirksamkeit ist beschränkt und zudem paradox (je wirksamer, desto größer ist die Gefahr einer ‚zweiten Welle') und sie sind hinsichtlich ihrer Kollateralschäden nicht effizient." (11)
Prof. Dr. Matthias Schrappe, Hedwig François-Kettner, Dr. Matthias Gruhl, Franz Knieps, Prof. Dr. Holger Pfaff, Prof. Dr. Gerd Glaeske, Thesenpapier zur Pandemie durch SARS-CoV-2/Covid-19.

„Tom Jefferson, ein Epidemiologe und ehrenamtlicher Forschungsstipendiat am Zentrum für evidenzbasierte Medizin der Universität Oxford, sagte, die Ergebnisse seien ‚sehr, sehr wichtig'. Er sagte dem BMJ: ‚Die Stichprobe ist klein, und es werden mehr Daten zur Verfügung stehen. Außerdem ist nicht klar, wie diese Fälle genau identifiziert wurden. Aber sagen wir einfach, dass sie verallgemeinerbar sind. Und selbst wenn sie zu 10% ausfallen, deutet dies darauf hin, dass das Virus überall ist. Wenn – und ich betone, wenn die Ergebnisse repräsentativ sind, dann müssen wir fragen: Warum zum Teufel sperren wir uns ein?'" (12)
Dr. Thomas Jefferson, Epidemiologe und Research Fellow der University of Oxford, Großbritannien.

„Sowohl in China als auch in Südkorea begann die soziale Distanzierung also erst lange, nachdem die Zahl der Infektionen bereits rückläufig war, und sie hat sich daher nur sehr wenig auf die Epidemie ausgewirkt. Das bedeutet, dass man dort bereits Herdenimmunität erreicht hatte, oder man stand kurz davor, die Herdenimmunität zu erreichen. Sie stand unmittelbar bevor. Aber durch die Anordnung der sozialen Distanzierung verhinderten sie, dass es tatsächlich zum Endpunkt kam, weshalb wir auch einige Wochen nach dem Höhepunkt noch immer neue Fälle in Südkorea sehen." (13)
Professor Dr. Knut Wittkowski aus New York, USA.

„Nach langer Bedenkzeit wende ich mich an die verbliebenen Vernunftbegabten. Und ich möchte mir trotz möglicher Anfeindungen, Shit Storms oder Stigmatisierung das Recht nicht nehmen lassen, Kommentare von Journalisten, sogenannten Experten sowie Entscheidungen politischer Verantwortungsträger kritisch zu hinterfragen. (...) Prozentsatz von schweren Fällen und Todesraten um den Faktor 10 überschätzt. (...) Wer das aktuelle Vorgehen fälschlicherweise als angemessen bewertet, müsste dies anlässlich der jährlichen Influenza-Daten bei uns wohl jedes Jahr in der Influenza-Saison mit gleicher Konsequenz aufs Neue erfordern müssen." (14)
Professor Dr. Dr. Martin Haditsch, Facharzt für Mikrobiologie, Virologie und Infektionsepidemiologie, Österreich.

„Die Versorgungsqualität geht gerade in den Keller', sagt der Vorsitzende der Stiftung Deutsche Depressionshilfe Professor Ulrich Hegerl. ‚Das könnte Leben kosten. Die Zahl der Suizide könnte steigen.' Depressionen seien jährlich die Ursache für die meisten Suizide. (...) Die Deutsche Depressionshilfe empfiehlt Betroffenen, in Zeiten

häuslicher Quarantäne aktiv zu bleiben und einen Tagesrhythmus zu pflegen. Schlafzeiten sollten nicht verlängert werden, weil zu viel Schlaf eine Depressionsschwere erhöhen kann." (15)
Professor Dr. Ulrich Hegerl, Universitätsklinikum Frankfurt, Vorsitzender der Stiftung Deutsche Depressionshilfe.

„Früher nannte man die Lungenentzündung am Ende des Lebens den Freund des alten Menschen. Und jetzt geht man her, diagnostiziert die Corona-Infektion und macht daraus einen Intensivfall und kann die Patienten natürlich trotzdem nicht retten. Die sind einfach zu schwer krank." (16)
Dr. Matthias Thöns, Facharzt für Anästhesiologie Notfall-, Schmerz- und Palliativmedizin.

„In meinem ersten Video zu COVID-19 schlug ich vor (...), dass die Todesrate bei etwa 0,7% liegen sollte. Heute wurde mir das Gegenteil bewiesen. Die Zahl der Todesfälle liegt tatsächlich bei einem Zehntel davon. Hier ist die ungeschminkte Wahrheit: COVID-19 ist nicht viel schlimmer als eine schlimme Grippe." (17)
Professor Sam Vaknin, Israel.

„Die Furcht vor Covid-19 basiert auf seiner hohen geschätzten Todesrate – laut Weltgesundheitsorganisation und anderen Organisationen sind 2 bis 4% der Menschen mit bestätigtem Covid-19 gestorben. (...) Wir glauben, dass diese Schätzung zutiefst fehlerhaft ist. (...) Wenn die Zahl der tatsächlichen Infektionen viel größer ist als die Zahl der Fälle – um Größenordnungen größer – dann ist auch die tatsächliche Sterblichkeitsrate viel niedriger. Das ist nicht nur plausibel, sondern nach dem, was wir bisher wissen, auch wahrscheinlich."(18)
Professor Dr. Eran Bendavid und Professor Dr. Jay Bhattacharya sind Medizin-Professoren an der Stanford-Universität, USA.

„In der Infektiologie wird zwischen Infektion und Erkrankung unterschieden. Es sollten also nur Patienten mit Symptomen – wie in diesem Fall Fieber oder Husten – als Neuerkrankungen in die Statistik eingehen. Mit anderen Worten: Eine Neuinfektion, festgestellt durch einen Labortest, bedeutet nicht zwangsläufig, dass wir es mit einem neu erkrankten Patienten zu tun haben, der ein Krankenhausbett benötigen wird. (...) Drakonische Maßnahmen, die die Grundrechte der Menschen auf so umfassende Weise einschränken, dürfen doch nur verhängt werden, wenn es gesicherte Hinweise dafür gibt, dass ein neues Virus überaus gefährlich ist. (...) Gab es je einen solchen wissenschaftlich begründeten Hinweis für COVID-19? Aus meiner Sicht lautet die einfache Antwort: Nein." (19)
Professor Dr. Sucharit Bhakdi, Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiolgie, ehemaliger Leiter des Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene der Universität Mainz.

„In Heinsberg etwa ist ein 78 Jahre alter Mann mit Vorerkrankungen an Herzversagen gestorben, und das ohne eine Lungenbeteiligung durch Sars-2. Da er infiziert war, taucht er natürlich in der Covid-19-Statistik auf. Die Frage ist aber, ob er nicht sowieso gestorben wäre, auch ohne Sars-2. In Deutschland sterben jeden Tag rund 2500 Menschen, bei bisher zwölf Toten gibt es in den vergangenen knapp drei Wochen eine Verbindung zu Sars-2. Natürlich werden noch Menschen sterben, aber ich lehne mich mal weit aus dem Fenster und sage: Es könnte durchaus sein, dass wir im Jahr 2020 zusammengerechnet nicht mehr Todesfälle haben werden als in jedem anderen Jahr." (20)
Professor Dr. Hendrick Streeck, Professor für Virologie und Direktor des Instituts für Virologie und HIV-Forschung an der Medizinischen Fakultät der Universität Bonn.

„Diese schwerwiegenden gesamtgesellschaftlichen Maßnahmen [Anmerkung: Interviewfrage nach Kontaktsperren und Ausgangsbeschränkungen] müssen wir so kurz und so niedrig intensiv wie möglich halten, denn sie könnten möglicherweise mehr Krankheits- und Todesfälle erzeugen als das Coronavirus selbst. (...) Wir wissen, dass zum Beispiel Arbeitslosigkeit Krankheit und sogar erhöhte Sterblichkeit erzeugt. Sie kann Menschen auch in den Suizid treiben. Einschränkung der Bewegungsfreiheit hat vermutlich auch weitere negative Auswirkung auf die Gesundheit der Bevölkerung." (21)
Professor Dr. Gérard Krause, Leiter des Bereich Epidemiologie am Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung.

„Das ist nicht der Eindruck, den ich aus Gesprächen mit meinen Kollegen in Deutschland habe. Wir sind uns einig, etwa darin, dass es zu diesem Zeitpunkt sinnlos ist, die Grenzen zu schließen. Wir sind uns auch einig darin, dass es nötig ist, soziale Kontakte zu minimieren. Wir sind uns aber auch darin einig, dass es sehr schwer abzusehen ist, was passiert, wenn man Schulen schließt. Viele Dinge passieren, wenn man das macht: Die Kinder sind davon betroffen, die Gesellschaft, besonders die Eltern. (...) Das bedeutet, dass der Effekt dieser Maßnahme auf die öffentliche Gesundheit viel schlimmer sein wird als die Ausbreitung des Viruses in einer Schule." (22)
Dr. Anders Tegnell, Leiter der schwedischen Gesundheitsbehörde.

„Beate Bahner, Fachanwältin für Medizinrecht aus Heidelberg, kündigt Normenkontrollklage gegen die Corona-Verordnung Baden-Württemberg an: Die Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung sind eklatant verfassungswidrig und verletzen in bisher nie gekanntem Ausmaß eine Vielzahl von Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. (...) Wochenlange Ausgehbeschränkungen und Kontaktverbote auf Basis der düstersten Modellszenarien (ohne Berücksichtigung sachlich-kritischer Expertenmeinungen) sowie die vollständige Schließung von Unternehmen und Geschäften ohne jedweden Nachweis einer Infektionsgefahr durch diese Geschäfte und Unternehmen sind grob verfassungswidrig.„ (23)
Beate Bahner, Fachanwältin für Medizinrecht, Autorin von fünf medizinrechtlichen Fachbüchern.

„Totale algorithmische Bevölkerungskontrolle. Wer in Wuhan keinen grünen Button auf seinem Überwachungs-Smartphone vorweisen kann, der signalisiert, dass man wahrscheinlich nicht infiziert ist, der kann sich höchstens zu Fuß bewegen und darf Restaurants und ähnliches nicht betreten. In Südkorea werden Aufnahmen von Überwachungskameras, Kreditkartendaten und GPS-Daten ausgewertet, um potentielle Virusträger zu identifizieren und zu verfolgen. Covid-19 ist wie ein Himmelsgeschenk für die Pläne des Weltwirtschaftsforums. (...) Und dank Covid-19 finden sehr viele Menschen diese totalitären Möglichkeiten jetzt sogar erstrebenswert." (24)
Dr. Norbert Häring, Journalist und Wirtschaftswissenschaftler.

„Schließlich ist die Anwendung der nicht-invasiven Beatmung bei Patienten mit COVID-19 auf der Intensivstation umstritten. In Anbetracht der oben genannten Faktoren werden Kliniker bei kritisch kranken Patienten mit ARDS aufgrund von COVID-19 möglicherweise nicht auf nicht-invasive Beatmung zurückgreifen, bis weitere Daten aus der COVID-19-Epidemie vorliegen." (25)
Professor Dr. Silvio A. Ñamendys-Silva, Intensivmediziner, Mexiko.

„Das Robert Koch Institut ändert seine Zählweise, dadurch werden die Daten immer unsauberer. Es wird immer schwieriger, eine objektive Zusammenfassung zu erstellen. Immer mehr beängstigendere Bilder und Berichte stürmen auf uns ein, ohne, dass sich an den Zahlen erkennbar etwas ändert." (26)
Dr. Bodo Schiffmann, Mediziner.

„Coronaviren sind uns bekannt aus der Vergangenheit (...) Die Daten aber sprechen dafür, dass diese Erkrankung weniger gefährlich ist als Influenza. (Bei) Influenza können wir uns doch noch alle gut daran erinnern, wie es 2017 zu einer schweren Ausbruchsituation kam. Letztendlich mit 27000 Toten in Deutschland und diese 27000 Tote, die scheinen Manche verdrängt zu haben. (...) Es kann nicht sein, dass wir uns nur noch um Corona kümmern und dass irgendwo die Gefahr besteht, dass irgendwelche anderen Keimausbrüche zum Beispiel resultieren." (27)
Professor Dr. Jochen A. Werner, Ärztlicher Direktor und Vorstandsvorsitzender der Universitätsmedizin Essen.

„Angesichts der bekannten Tatsache, dass bei jeder ‚Grippe-Welle' auch immer 7-15% der akuten Atemwegserkrankungen (ARE) auf das Konto von Coronaviren gehen, liegen die jetzt laufend addierten Fallzahlen immer noch völlig im Normbereich. Es sterben bei den allwinterlichen Infektionswellen auch immer etwa einer von je tausend Erkrankten. Durch selektive Anwendung von Nachweisverfahren – zum Beispiel nur in Kliniken und medizinischen Ambulanzen – lässt sich diese Rate natürlich leicht in beängstigende Höhe treiben, denn jenen, die dort Hilfe brauchen, geht es meistens schlechter als jenen, die sich zu Hause auskurieren." (28)
Dr. Wolfgang Wodarg, Internist, Lungenarzt, Facharzt für Hygiene und Umweltmedizin. Mitglied des Deutschen Bundestages von 1994 bis 2009.

„Ist unser Kampf gegen den Coronavirus schlimmer als die Krankheit? (...) Mögliche Anwendung eines ‚Herdenimmunitäts'-Ansatzes (...) Die Daten aus Südkorea (...) zeigen, dass 99 Prozent der aktiven Fälle in der generellen Population ‚mild' sind und keine spezifische medizinische Behandlung brauchen. (...) Die Todesfälle sind vor allem bei älteren Menschen, bei Menschen mit schweren chronischen Krankheiten wie Diabetes und Herzkrankheiten sowie bei Menschen in beiden Gruppen zu finden. Dies gilt nicht für infektiöse Geißeln wie die Grippe. Die Grippe trifft ältere und chronisch kranke Menschen ebenfalls hart, aber sie tötet auch Kinder." (29)
Dr. David Katz, Universität Yale, USA, Gründungsdirektor des Yale University Prevention Research Center.

„Es ist in der Regel so, dass die Menschen ihre Freiheit bereitwillig aufgeben, wenn sie sich gegen eine äußere Bedrohung schützen wollen. Und die Bedrohung ist in der Regel eine echte Bedrohung, die aber meist übertrieben ist. Ich fürchte, das ist es, was wir jetzt sehen. (...) Und jeder, der die Geschichte studiert hat, wird hier die klassischen Symptome einer kollektiven Hysterie erkennen. Hysterie ist ansteckend (...) ob die Kur vielleicht schlimmer ist als die Krankheit." (30)
Jonathan Sumption, ehemaliger Richter des britischen Supreme Court.

DAS NOTSTANDS-REGIME

DREI SZENARIEN MIT BEIPACKZETTEL

Es ist höchste Zeit, soziale Errungenschaften und Bürgerrechte gegen den sich ausbreitenden neuen Totalitarismus zu verteidigen. Wie es weitergehen kann? — Eine Analyse.

Von Anselm Lenz

Die herrschenden Eliten befinden sich inmitten einer moralischen Panik. Teile des Bügertums durchleben die sich abzeichnende Zeitenwende in Form einer als seelisches Großgefühl empfundenen Massenpsychose.

Jetzt ist die kritische Intelligenz wie nie zuvor aufgerufen, liberale Freiheitsrechte, Wissenschaftlichkeit, Unschuldsvermutung, vollständige Veröffentlichungsfreiheit und soziale Errungenschaften gegen Schlechteres zu verteidigen.

Die beste Nachricht vorneweg: Der Virus Covid-19 ist auch für Infizierte praktisch nicht tödlich (1).

Die nach jetzigem Erkenntnisstand nicht ungefährliche, aber auch nicht völlig außergewöhnliche Infektwelle „Corona“ (2, 3) überlagert einen epochalen Umbruch. Die Führungseliten der Nordhalbkugel befinden sich inmitten einer moralischen Panik. Wenn jemals eine kritische Intelligenzi gefragt war, dann jetzt.

Liberale Freiheitsrechte und soziale Errungenschaften müssen friedlich, aber unmissverständlich wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, sind die Zukunftsaussichten sogar sehr positiv.

Ein Beipackzettel:

1 Wir befinden uns im Beginn einer Zeitenwende. Corona ist nur deren Oberfläche. Unser Leben kann demokratischer und besser werden, wenn wir uns jetzt mit Bedacht und Konsequenz verhalten. Die Hygieneregeln sollten einstweilen respektiert werden.

2 Einzelne Regierungsmitglieder, einige Funktionäre sowie eine Anzahl an fanatisierten BürgerInnen befinden sich derzeit in seelischen Ausnahmezuständen oder agieren bereits psychopathisch. Sie müssen identifiziert, benannt und friedlich eingedämmt oder abgesetzt werden.

3 Um Freiheitsrechte, Unschuldsvermutung und soziale Errungenschaften aufrecht zu erhalten oder wiederherstellen zu können, müssen wir JETZT breite demokratische Netze in der Art von #unteilbar bilden, die nun auf eine Charakterprüfung gestellt sind.

4 Versammlungen sind derzeit verboten. Wir müssen vorsorglich verabreden, wie, wann und wo wir kommunizieren werden, falls auch Telefon und Internet wegfallen.

5 Es eignen sich offene und verdeckte Schwarze Bretter an Supermärkten, kommunalen Betrieben, alternativen Zentren, Kirchen, Theatern, und Nachbarschaftszentren.

Die Entstehung der Panik der Führungseliten und von Teilen des kleinen und mittleren Bürgertums wegen des Corona-Infektes gibt derzeit noch Rätsel auf. Wir unternehmen im Folgenden den Versuch, das sich abzeichnende Szenario nachzuvollziehen und einen ersten realistischen Blick in die nahe und mittlere Zukunft zu werfen.

ECHTER LIBERALER GEMEINSINN GEFORDERT! »CORONA IST VIEL ZU ERNST, UM IN PANIK ZU VERFALLEN!«

Mit diesen warmen Worten ordnete der Philosoph Slavoj Zizek die Coronawelle als Anlass zu internationaler Zusammenarbeit, Liebe und gegenseitiger Hilfe ein. Die Gesellschaft brauche eine »Spiritualität« des Gemeinsinns gegen einen Virus, der möglicherweise auch als große Metapher zu verstehen sei (4).

Wer es noch etwas lauschiger mag, kann sich das Titellied und den Text der Fernsehserie Baywatch zu Gemüte führen: »...it’s gonna be alright!«, al-

les wird gut werden (5). — Selbstverständlich gelten nun allen Klinik- und Supermarktkollegien Hochachtung, deren Arbeit erleichtert werden sollte. Dazu gehört auch, sich bis auf Weiteres möglichst an die Hygieneratschläge zu halten.

ALLE UNBESTECHLICHEN SOLLTEN SICH JETZT ÄUßERN!

Wenn man allerdings mehr verkraftet als warme Worte und auch nicht die Hoffnung hegt, nun in die Arme attraktiver TV-Sternchen zu sinken, dann ist man hier richtig. Oder etwas nonchalant und wienerisch formuliert: »Na, so geh'mer nicht ins Wasser!« Wenn einmal eine unbestechliche oppositionelle Intelligenz gefragt war, dann jetzt!

Denn die Wahrheit ist zunächst nicht einmal unbequem: Der Virusinfekt »Corona« ist nach derzeitigem Erkenntnisstand wahrscheinlich nicht wesentlich gefährlicher als die Erkältungswellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel über die Nordhalbkugel hinweg stattfinden (6, 7).

Das alte (offiziell genutzte) Zahlenmaterial und insbesondere die Art und Weise dessen Gewinnung und Interpretation sind unwissenschaftlich (8).

DAS GRUNDGESETZ GILT UND STEHT ÜBER DER REGIERUNG

Sicher ist derzeit eines: Freiheitsrechte werden in beispiellosem Umfang kommunal, föderal, national und weltweit fallengelassen, ohne die Bevölkerungen abstimmen zu lassen, ob sie das wollen. Parlamente werden in den Urlaub geschickt oder nicken im Zustand moralischer Panik Notverordnungen ab.

Das Grundgesetz ist gültig, wird aber derzeit übergangen: Die Freizügigkeit ist abgeschafft. Menschen werden Versammlungen und Berufsausübung verboten. Menschen werden aufgefordert, einander nicht zu berühren. Überwachungen ohne Gerichtsbeschlüsse finden statt. Seit Mittwoch werden wir sogar per Ausgangssperre in unseren Häusern eingesperrt (9). Die Meinungs- und Veröffentlichungsfreiheit könnte Forderungen zufolge abgeschafft werden (10).

Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) forderte sogar das Verbot von oppositionellen Aussagen über den Coronavirus (11). Zur allgemeinen Überprüfung von Fakten haben wir Journalisten, WissenschaftlerInnen und eine möglichst unabhängige Justiz — oder sollten sie haben. Regierungsmitglieder dürfen niemals darüber bestimmen, wie Veröffentlichungen zu handhaben sind. Schon der Versuch ist ein Menetekel und sollte geächtet werden.

GLEICHSCHALTUNG ÜBERWINDEN HEIßT ZENSUR VERHINDERN!

Große Medienbetriebe machen derzeit keine gute Figur. Kritiker und seriöse WissenschaftlerInnen kommen praktisch nicht vor. Stattdessen wird Todesangst geschürt und eine maßlose Faschisierung des zivilen Lebens mitbetrieben — und zwar auch auf Wunsch einiger fanatisierter BürgerInnen aus der Mittelschicht (12).
In einigen Staaten wurde nun per Notverordnung eine totale Überwachung eingeführt, die sonst zur »Terrorbekämpfung« dient. Mit ständiger metergenauer Ortsbestimmung der Mobiltelefone werden Infizierte und andere verdächtigte Individuen permanent geortet und ihre Wege nachvollzogen (13).

Zuletzt übermittelte die Deutsche Telekom AG Bewegungsdaten aller MobiltelefonbesitzerInnen an das Robert-Koch-Institut (14). Das RKI ist eine Bundesoberbehörde im Rahmen des Bundesgesundheitsministeriums des deutschen Regierungsapparates (15).

OPPOSITION UND KRITISCHE INTELLIGENZ SIND GEFORDERT!

Unternehmen wir deshalb den Versuch, systematisch und folgerichtig vorzugehen. Das bedeutet in dieser Reihenfolge:

1 Analyse des Ereignisses
2 Auswertung & Interpretation
3 Handlungsoptionen

Gegenwärtig arbeiten wir uns noch im Bereich der Phase zwei ab, Auswertung und Interpretation, weshalb sich derzeit unter 2. und 3. noch mehrere Varianten auftun, die notwendigerweise spekulative Anteile beinhalten. Wir sollten offen diskutieren und uns sachlich darauf vorbereiten, dass im schlechtesten Fall Telefon und Internet bald nicht mehr offenstehen könnten. Aber der Reihe nach.

1. ANALYSE DES EREIGNISSES

Was *ist*? — Nun, zuallererst mussten wir die wahre Gefährlichkeit des Virusinfekts abschätzen. Die medizinische Analyse über die tatsächliche Gefährlichkeit des Virus ist mittlerweile weitgehend abgeschlossen.

Sofern uns entscheidende Informationen nicht vorenthalten werden, handelt es sich bei Covid-19 beziehungsweise SARS-CoV-2 (Corona) um nichts anderes als einen Virus, der zumeist gar nicht bemerkt wird oder einen der üblichen winterlichen Grippeinfekte auslöst (16). Weder sind die Letalitätsraten höher als in den vergangenen Wintern, noch sind Ansteckungs- und Verbreitungsneigung beispiellos und außergewöhnlich. Auch der Verlauf der Erkrankung unterscheidet sich wenig bis gar nicht von den Infektwellen, die zu jedem Jahreswechsel auf der gesamten Nordhalbkugel stattfinden (17).

Demgegenüber stehen wenige, aber in der Öffentlichkeit als maßgeblich dargestellte WissenschaftlerInnen, die das Notstandsregime der Regierungen begleiten. Dies tun sie, indem sie die Möglichkeit von Lungenentzündungen — mit denen selbstverständlich nicht zu spaßen ist — zu einem apokalyptischen Szenario verklären.

FRAGWÜRDIGES VERHALTEN DER REGIERUNGSNAHEN WISSENSCHAFTLER

Ein vergleichsweise junger Berliner Mediziner sprach frühzeitig von weit über 200.000 Todesopfern in der Bundesrepublik Deutschland, sofern nicht zu Maßnahmen gegriffen würde, wie sie jetzt stattfinden (18). Eine Zahl mit fünf Nullen, die auf Hochrechnungen von unwissenschaftlichen Statistiken basiert, die wiederum auf einem unwissenschaftlichen Testverfahren fußen, das vermutlich auch noch unwissenschaftlich angewandt wurde und am selben Institut entwickelt ward, an dem der Mediziner beschäftigt ist (19). Mittlerweile fordert der Experte von der Bundesregierung ungetestete Impfstofffreigaben (20).

Viren sind keine teuflischen Einbrecher in einen ansonsten sauberen menschlichen Körper, sondern befinden sich in allen Säugetieren. Erst 3.000 von rund 1,8 Millionen Virenarten sind näher identifiziert und bezeichnet (21). Die wenigsten Viren lösen schlimme Krankheiten aus wie etwa der bekannte HI-Virus. Der Coronavirus Covid-19 führt bei normal gesunden Leuten allenfalls zu Husten, erhöhter Temperatur und Schnupfen. Es handelt sich dann um einen üblichen Erkältungsinfekt (22). Mit einiger Sicherheit kann mittlerweile gesagt werden, dass es sich bei Covid-19 nicht um einen Virus handelt, der alleine Hunderttausende Menschen dahinraffen kann.

ERFOLGE DER INFEKTBEKÄMPFUNG STEHEN BEREITS FEST

Damit steht heute bereits sicher fest: Die beispiellosen Maßnahmen zur Bekämpfung der Epidemie werden erfolgreich sein. Nobelpreise werden verliehen werden, Orden und Beförderungen. Die Regierungen werden sich gegenseitig auf die Schultern klopfen.
Polizei, Grenzschutz, Militärs und Überwachungsbehörden werden von Staatsoberhäuptern mit Zeremonien bedacht und ausgezeichnet werden. Für die ArbeiterInnen in der aktiven Gesundheitsversorgung mag soetwas indes schon längst einmal angebracht gewesen sein.

Die weltweite nationalstaatliche Kohäsion geht aber eben auch darauf zurück, dass dieser Virus an sich gar keine Gefahr für die Menschheit darstellt. Im Grunde versichern sich die Eliten noch einmal ihrer eigenen Macht, indem sie den Aus-Knopf drücken, das zivile Leben auf Null stellen, und dafür die überlasteten Notfalleinrichtungen bis weit über den Anschlag strapazieren. Aber zur Interpretation später. Dieses Moratorium mit Neustart-Szenario birgt auch sehr gute Chancen.

LUNGENENTZÜNDUNGEN UND LETALITÄT

Zunächst ist zu konstatieren, dass durch die weltweit massenpanische Aufblähung eines nicht außergewöhnlichen Infektes nahezu sämtliche Grund-, Freiheits- und auch Menschenrechte außer Kraft gesetzt wurden. Das zivile Leben kommt zum Erliegen, weil ältere Menschen wegen allgemeiner Altersschwäche im letzten Lebensviertel daran unter bestimmten Umständen an Lungenentzündungen sterben können, ohne dass dies eine andere Qualität im Verhältnis zu den Vorjahren markieren würde (23). Selbstverständlich gebührt Kranken Behandlung und Sterbenden Würde gezollt.

Dass es bei dem derzeit auf der gesamten Nordhalbkugel eingesetzten de-facto-diktatorischen Notstandsregime kaum um eine besonders soziale Agenda handeln kann, darauf deutet die Abschaffung des Verbots der Sonntagsarbeit ohne parlamentarischen Beschluss hin. Diese scheinbare Randerscheinung hat Beispielcharakter, weshalb hierauf kurz eingegangen werden soll (24).

Im Übergang zur Auswertung und Interpretation der aktuellen Krisenkulmination ist ein Verständnis der jüngeren Entwicklung der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen wichtig. Wer den Verlauf der Neoliberalen Epoche bereits erfasst hat, kann zum Ende dieses Abschnittes und zu 2. springen.

HOFFNUNG AUF MEHR SOZIALE WÄRME KÖNNTE TRÜGEN

Die Erfahrung zeigt, dass einmal eingerissene Rückschritte bei der Begrenzung der Arbeitszeiten und der Entlohnung nicht wieder rückgängig gemacht werden. Man vergleiche die Ausweitung der Ladenschlusszeiten seit Mitte der 1990er-Jahre in der Bundesrepublik Deutschland wie auch die Zerstörung vieler arbeitsrechtlicher Fortschritte nach dem Ende der Systemkonkurrenz in Ost- wie Westdeutschland.

Die Produktivitätsgewinne (25) kommen längst nicht mehr bei den Lohnabhängigen an; im Gegenteil wurden wir immer schäbigeren Bedingungen ausgesetzt (26). Dies geschah mit der Begründung, der Weltmarkt sei eine Naturgewalt, also eine höhere Macht und in der Folge sei das Leben des Menschen auf dem Planeten Erde nicht mehr durch sie selbst gestaltbar; erreichte Übereinkünfte seien hinfällig (27).

Die Bundesrepublik machte soziale und grundrechtliche Rückschritte durch, von denen mit dem grundgesetzwidrigen Bombardement der Stadt Belgrad durch deutsche Bomberpiloten, der Zerschlagung der in zwei Jahrhunderten erkämpften Arbeits- und Sozialgesetzgebung unter dem Stichwort Peter Hartz und der weitgehenden Beseitigung der Freiheit von Forschung und Lehre an deutschen Universitäten durch »Bologna-Reform« und Drittmittelzwang nur die einschneidensten genannt seien.

Es ist für alle Progressive nach wie vor verstörend, dass die Hochphase der Neoliberalen Epoche in Deutschland unter einer Regierung vollstreckt wurde, die in rot-grünen Farben angetreten war (28).

WER DIESE KRISE VERSTEHEN WILL, MUSS DEN NEOLIBERALISMUS VERSTEHEN

Die Neoliberale Epoche ging international mit dem Versuch einher, die Implikationen eines Weltmarktes absolut zu setzen.

Die neoliberale Agenda gipfelte im Paradigma, dass sozial engagierte Nationalstaaten zugunsten eines weltweiten

Kapitalismus aufzugeben seien, ohne für die von der Arbeiterbewegung international erkämpften, aber in nationalem Recht kodifizierten Errungenschaften, gleich- oder höherwertigen Ersatz zu schaffen.

Damit wurde einem Neofeudalismus das Wort geredet, dem auch einige Linke verfielen, indem sie dem Glauben anhingen, wenn der Nationalstaat als hohles Gerippe zurückgelassen werden könne, sei endlich freie Bahn für informelle gegenseitige Hilfe jenseits der Institutionen und einen »Sozialismus der Tat«.

Damit sollte also wiederum der sozial engagierte Rechtsstaat durch freiwillige Charity der Profiteure ersetzt werden. Ein einziger Wahnsinn, der schon im Manchesterkapitalismus schrecklichste Verelendungen, Seuchen — und in der Folge Aufstände und Revolutionen zur Folge hatte: Von der kurzfristigen Pariser Kommune bis hin zur Errichtung der Sowjetunion, die, bei aller auch im historischen Maßstab notwendigen Kritik, sieben Jahrzehnte lang ohne Kapitalisten Bestand hatte.

SOZIALE UND BÜRGERRECHTLICHE FORTSCHRITTE DER VERGANGENHEIT

Unter dem Eindruck der russischen Räterepublik konnten ab 1917 bis in die 1970er-Jahre hinein auch in allen westlichen Ländern nach und nach sozialdemokratische Reformen durchgesetzt werden.

Denn die westlichen Großeigentümer hatten einfach Angst, dass sie ihre Pfründe ganz verlieren könnten — wie es »drüben« geschehen war — und sie sich in der Folge zum gemeinen Volk zu gesellen hätten, das nur eine einzige Wohnung hat, selber Einkaufen gehen muss, den eigenen Dreck wegputzen muss, nur zweimal im Jahr in Urlaub fahren kann und auch noch die Kinder selber in den öffentlichen Kindergarten bringen muss.

Die Betrachtung dieser Abscheu vor dem vermeintlichen sozialen Abstieg von Teilen der Mittelschichten und der Oberschichten des Westens ist wichtig, um den sozialpsychologischen Charakter des gegenwärtig stattfindenden Zusammenbruchs zu verstehen.

Ein kurzer Exkurs in das Wesen der Neoliberalen Epoche ist deshalb notwendig, weil sich die Krise der kapitalistischen Produktionsweise seit dem Jahr 2007 in Form der sogenannten Finanzkrise zuspitzte. Seither befinden sich Ober- und Teile der Mittelschichten immer wieder in eigenen Ausnahmesituationen wieder. Ihre Machtpositionen sind seither nicht mehr gesichert.

Dies liegt an ungeheuren Produktivitätsgewinnen, gesättigten Märkten und Schwierigkeiten des Kapitals, auf neue renditeträchtige Märkte expandieren zu können. Die Geldmenge nahm zu und schwappte bildlich über den Planeten, ließ einstmals entwickelte Regionen im Elend zurück und stürzte sich ein andermal auf bewohnte Mietwohnungen. Die Bewegungen des großen Geldes wurden immer hektischer und irrationaler, während sich für die lohnabhängigen Menschen Nordamerikas zuletzt sogar die durchschnittliche Lebenserwartung verkürzte (29).

SYSTEMAKZEPTANZ GESCHWUNDEN

Eine Phase von Massenaufständen wie bei den Gelbwesten in Frankreich oder dem G20-Gipfel in Hamburg verdeutlichte, dass das Wirtschaftssystem immer weniger Akzeptanz hat. Auch in den Mittelschichten breitete sich Unzufriedenheit aus, die sich in Form von Yoga-Gurus, Krisen-Anlageberatern oder intellektueller Unredlichkeit nur ihren äußeren Ausdruck fand. Die Hiobsbotschaften der Klimaforschung und des Umweltbewegungen fanden Anklang. Darauf wird später einzugehen sein.

Es gibt bei der — notwendigerweise vorläufigen — Auswertung und Interpretation des gegenwärtigen Notstandsregimes allen Grund zu der Annahme, dass es sich dabei um eine essenzielle Krise des Kapitalismus, wie wir ihn kannten, handelt, sowie des damit verbundenen Regierungsgebarens.

Während der Krise ist nichts mehr so, wie es war. Und auch danach wird voraussichtlich sehr vieles anders organisiert und geregelt werden müssen. Wie das geschehen wird, ist derzeit völlig offen — und es ist auch an uns, daran entschlossen mitzuarbeiten und uns nicht endlos den Schneid abkaufen zu lassen. Die Aussetzung der meisten Grundrechte muss so bald wie möglich beendet werden. Hinter erreichte sozialinstitutionelle Errungenschaften darf es nicht zurückgehen.

Damit kommen wir zum zweiten Punkt, dem Versuch der Auswertung des gegenwärtigen weltweiten de-facto-diktatorischen Notstandsregimes.

2. AUSWERTUNG UND INTERPRETATION (VARIANTEN A, B, C)

Gehen wir auch bei der Auswertung der Reihe nach vor, auch auf die Gefahr hin, dass sich einige Punkte wiederholen: Die deutsche Verfassung, das Grundgesetz, garantiert in den unabschaffbaren ersten zwanzig Artikeln jene Grundrechte, die jedem einzelnen Menschen ohne Ausnahme zustehen.

Während des gegenwärtigen Notstandsregimes sind insbesondere für uns erwähnenswert:

- Die Freizügigkeit, das heißt, sich frei überall hinbewegen zu dürfen und sich öffentlich und privat dort aufzuhalten, wo man möchte; die Freiheit der Person

- die Freiheit der Berufswahl und der Berufsausübung

- die Vereinigungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit

- die Meinungsfreiheit und die Freiheit, diese zu veröffentlichen und zu publizieren

- »eine Zensur findet nicht statt«, und zwar unter allen Umständen und nur mit der Möglichkeit, nach seriösen, einzelnen, ausgewogenen Gerichtsbeschlüssen eventuell Gegendarstellungen drucken zu müssen, ohne dass Inhalte ganz gelöscht werden dürfen

- die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft von politischer und wirtschaftlicher Einflussnahme, die Freiheit von Forschung und der Lehre

- Rechtsstaatlichkeit, das heißt unabhängige Justiz und Unschuldsvermutung

- das Recht, Arbeitskämpfe zu führen und zumindest bessere Beteiligung an Einnahmen, gesellschaftlichen Ressourcen und Ausweitung innerbetrieblicher Demokratie erstreiten zu dürfen

- unverletzliches Brief- und Fernmeldegeheimnis, das heißt niemand darf Telefone abhören, Briefe, Nachrichten oder E-Mails jedweder Art anderer Leute lesen, das ist strikt verboten beziehungsweise geschützt (alle belegt durch Referenz 30)

- die historisch durch Absetzung von Klerus und Adel erstrittenen Bürgerrechte (31)

- die allgemeine und wortgetreue Gültigkeit der Menschenrechte (32).

Die Einschränkung oder Abschaffung all dieser Rechte hat stattgefunden oder wird offen angedroht. Parlamente wurden aufgelöst beziehungsweise in den Zwangsurlaub geschickt. Abstimmungen fanden nicht statt. Bedeutende Wahlen fanden nicht statt.

Dies wird damit begründet, dass wir uns derzeit in einer Ausnahmesituation befänden. Regierungen übernehmen die totale Machtausübung und dekretieren bis ins intime Detail, was wir zu tun und zu lassen haben. Der Grund dafür sei eine Virusepidemie, die zu Lungenentzündungen führen kann. Drei schlüssige Erklärungsmuster bieten sich an.

Diese Varianten werden im Folgenden dargestellt.

VARIANTE A — Panikattacken überalterter Eliten ohne Nachfolger?

Todesangstzustände können sich mit Hitzewallungen, Schweißausbrüchen, Atemnot und Panikattacken auswirken und zu irrationalen Handlungen führen (33). Teile der Führungsschichten und Teile der Mittelschicht befinden sich nach dieser Lesart gegenwärtig in einem Wahnzustand, den sie auf weite Teile der Weltbevölkerung übertragen.

Denn betroffen von Lungenentzündungen, die unter schlechten Umständen von Covid-19 begünstigt werden, sind vor allem altersgeschwächte Menschen, die sich relativ nahe am Ende ihrer natürlichen Lebensspanne befinden (34).

Das Durchschnittsalter des Regierungskabinetts der Bundesrepublik Deutschland liegt mittlerweile bei circa 54 Jahren, wobei der Altersschnitt insbesondere durch Gesundheitsminister Jens Spahn (39, CDU) und Familienministerin Franziska Giffey (41, SPD) gesenkt wird. In anderen Ländern, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) liegt der Altersschnitt der maßgeblichen Führungs- und Funktionärsebenen oft ähnlich hoch und höher.

Seit Jahrzehnten wird jedoch nur über die Finanzierbarkeit der Rentensysteme und einen oberflächlichen demographischen Wandel diskutiert. Kaum zu überschätzen ist aber Folgendes: Alle Vermögen, also Kapital und Eigentum, sowie die relevanten Monatseinkommen liegen extrem überproportional bei 10 Prozent unter den älteren Menschen ab 60 Jahren in Deutschland (35).

Insofern liegt die Interpretation nicht fern, dass es sich bei dem gegenwärtigen Regierungsgebaren um eine Hysterie handelt, die auf eigenen uneingestandenen Todesängsten fußt, womöglich in Verbindung mit dem Gefühl, nicht mehr geliebt zu werden.

Ältere, vermögende und mächtigere Bevölkerungsfraktionen könnten demnach in kollektiven Angstzustände darob verfallen sein, etwa durch Kinder, Jugendliche, Reisende, Obdachlose, Migranten und ärmere Menschen infiziert zu werden, weil sie aufgrund der eigenen beginnenden Altersschwäche durch eine mögliche Lungenentzündung mit dem Tod bedroht sein könnten. Und zudem möglicherweise bereits Stress- und Vereinsamungserscheinungen aufwiesen.

VARIANTE B — Kapitalismuscrash soll überlagert werden?

Im Grunde weiß jeder Mensch, dass das kapitalistische Weltsystem — zumindest in der gegenwärtigen Form — seine besten Tage längst gesehen hat. Seit vierzig Jahren befindet sich der Westen in Tendenzen von ausbleibender Prosperität, schleichendem Niedergang, Exklusion und Angstzuständen (36). Diese vielfach nachgewiesene und interpretierte Entwicklung sollte als Neoliberale Epoche bezeichnet werden.

Einstmals erreichte Fortschritte und Standards wurden in dieser Zeitspanne unterlaufen oder sogar absichtlich zerstört. Seit der sogenannten Finanzkrise ab dem Jahr 2007 läuft das kapitalistische System nur noch unter Verletzung eigener wirtschaftstheoretischer, gesetzlicher und fiskalischer Grundvoraussetzungen. Seit der Finanzkrise ab 2007 hielt der Westen die Maschine noch 13 Jahre mit einem fiskalischen Ausnahmeregime am Laufen, das auf Sand gebaut war. Wovon auch alle wussten, was aber wegen des Drucks aus den Wirtschaftsetagen und wegen der Angst vor Revolutionen aufrecht erhalten wurde.

In allen europäischen und nordamerikanischen Ländern formierten sich derweil neue rechte Organisationen und Parteien, die eine Abkehr von purem Weltmarkt und Neoliberalismus meist mit ethnischen Positionen verbanden. Parteien wie die AfD in Deutschland und die Republikaner unter Donald Trump in Amerika for-

dern eine Stärkung jener nationalen Kapitalfraktionen, die sich als nicht globalisierungsfähig erwiesen haben.

AUFKOMMEN DER NEUEN RECHTEN

Die neuen Strömungen fanden Anhänger auch unter Industriearbeitern und BürgerInnen, denen an großen Industriekomplexen im Privatbesitz einzelner Industrieller gelegen ist. Unterstützt werden sie insbesondere in Mittel- und Südostdeutschland von Straßenbewegungen, die mit nationalen Symbolen, kraftvollen Rednern und ostentativer Erinnerung an die besseren Seiten der deutschen Geschichte eine allgemeine gemeinsame Identität beschwören, die über Klassengegensätze gestellt wurde.

Für sie verläuft die Trennlinie nicht zwischen Vermieter und Mietezahler, Kapitalist und ArbeiterIn, Reich gegen Arm, sondern zwischen drinnen und draußen, Mitglied der nationalen Volksgemeinschaft und jenen, die demnach nicht dazugehören sollen.

Angestrebt wird ein nationaler Burgfrieden zwischen Kapital und Lohnabhängigen nach sozialdemokratischem Vorbild und in scharfer Abgrenzung zum Feindbild des Sozialismus und Formen der Gemeinwirtschaft.

Unter patriotischen bis hin zu völkischen Vorzeichen sollen vorgeblich Ersparnisse, Aktienhandel und mittelständische Unternehmen geschützt werden, im Grunde aber die Interessen nationaler Oligarchen, einem De-facto-Feudaladel, der sich wenig von globalen Oligarchen unterscheidet. Insgesamt soll in Sachen Demografie und ökonomischer Wirklichkeit die alte westdeutsche Republik von 1949 bis 1973 wiederhergestellt werden (37), in der noch jeder „seines eigenen Glückes Schmied" habe sein können (38). Einige wollen sogar weiter zurück.

NEUER FASCHISTOIDER BURGFRIEDEN

Diese Politik muss in historischer Hinsicht zumindest als faschistoid bezeichnet werden, fällt aber mittlerweile nach den maßgeblichen Faschismusdefinitionen teilweise gegenüber vielen Bereichen realen Regierungshandelns zurück (39). Zugespitzte These: Wir sehen derzeit global orientierte und sich — nur vorübergehend? — faschisierende Regierungen am Werk, die unter dem Eindruck einer neuartigen und erfolgreichen national-faschistoiden Opposition zunehmend panisch wurde. Diese fordert eine traditionelle Form der Renationalisierung und Wiederherstellung, die nun auf dem Weg der Corona von den Führungseliten durchgedrückt wird.

Die Coronakrise ist nach dieser Lesart ein Neustart des Kapitalismus auf neo-nationalistischer Basis, für den durch bestimmte Rückwälzungsprozesse an das westliche Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der der Nachkriegszeit angeknüpft werden soll. Um den Kapitalismus unter den Umständen leer- und heißlaufender Kapitalmärkte zu erhalten und das wachstumsbasierte System von Großgrundbesitzern, Vermietern, Großeigentümern und gigantischen Pfründeverwaltern am Leben zu erhalten, wurde ein großer Krieg notwendig. Den anzuzetteln, misslang in der jüngeren Vergangenheit aufgrund der entschiedenen Ablehnung auch der Westbevölkerung einer militärischen Konfrontation mit Russland.

Um einen für die Aufrechterhaltung der Profitrate notwendigen neuen Boom künstlich herzustellen — also ohne sich gegenseitig in Handelskriegen oder gar militärisch in Schutt und Asche zu legen —, musste ein Zusammenbruch herbeigeführt werden, der sich auch massenpsychologisch vorbereitete, und in Formen einer meist unartikulierten Überforderung oder gar Untergangssehnsucht jahrelang waberte. Dieser ökonomisch bedingte Psychokollaps bricht sich derzeit in Form der Coronahysterie Bahn, hat aber zum Ziel, das Kapital zu renationalisieren.

ERSEHNTER ZUSAMMENBRUCH?

Der Grippeinfekt und die einsetzende Hysterie würden demnach nur als willkommenes Vehikel benutzt, um das Wirtschaftsregime zu festigen.

Ähnlich wie bei der Griechenlandkrise geht es im Grunde um etwas anderes, als das, was an der Oberfläche sichtbar umgesetzt wird (40). Als willkommener Nebeneffekt werden erdölexportierende Länder derzeit in die Knie (41) gezwungen und die Länder der Nordhalbkugel auf einen zwar nationalisierten, aber gemeinsam und zeitgleich stattfindenden Erneuerungskurs gezwungen (42).

Im noch schlechteren Fall von Variante B handelt es sich um eine konzertierte Form der Machtübernahme globaler Konzerne, die durch absichtliche Infiltration der Regierungen und vieler großer Medien- und Wissenschaftsbetriebe eine kleine Krise verstärkt haben, um in der Folge ein globales, totalitäres digitales Überwachungssystem zur Ausweitung des eigenen Macht- und Pfründesystems zu errichten.

Ein vergleichsweise maßstabskleines Vorbild dafür wäre der Tamiflu-Skandal im Zusammenhang mit der Schweine- und Vogelgrippe. In derem Zuge waren solche Strukturen bewiesen worden (43). Diese Lesart der Variante B hält der Autor trotzdem bis auf Weiteres für eher unwahrscheinlich bei der Auswertung und Interpretation der gegenwärtigen Krise. Ein solcher Komplott erscheint im globalen Maßstab undurchführbar und hätte unabsehbare Folgen in der Bevölkerung (44).

VARIANTE C — Aktion zum Klimaschutz?

Das Klimaproblem muss als evident bezeichnet werden (45). Ein erheblicher Anteil menschlichen Einflusses auf die Klimaerwärmung durch Verbrennung von Öl, Kohle und Holz muss ebenfalls angenommen werden. Die Auswirkungen eines Anstieges der planetaren Durchschnittstemperatur um 1,5 Grad Celsius/Kelvin sind bereits gewaltig. Ein Anstieg um 2 Grad sind eventuell mit Verlusten zu bewältigen. Darüber hinaus zeichnen sich apokalyptische Szenarien ab (46).

Es hat sich in den letzten Jahrzehnten gezeigt, dass innerhalb des Systems keine Lösung der selbstmörderischen Tendenzen der menschlichen Produktionsweise auf dem Planeten Erde möglich ist. Verknappt gesagt: Die Leute wollen konsumieren wie die Irren, Auto fahren wie die Fanatiker, in den Urlaub jetten wie die Königinnen und viel Technik und Apparate im eigenen Haushalt haben. Sie haben es jahrhundertelang als erstrebenswert, als geradezu ihr Recht erlebt. Mit dem Konsum verknüpften sich Hoffnungen auf Entfaltung, Geliebtwerden und Selbstwirksamkeit.

Lohnabhängige der Erde wählten deshalb meist Parteien oder stützten Wirtschaftsführer, die ihrer Sehnsucht nach Konsum, Fliegen, Fahren und täglichem Shopping entsprachen. Die materialistische Weltsicht der dominierenden Systemkonkurrenten der Liberalen oder der Sozialisten konnten dieser Neigung wenig entgegensetzen: Wer will dem Individuum schon seine Hoffnungen auf tolle Maschinchen und permanent erneuerte Konsumgüter streitig machen, wenn diese die Grundvoraussetzung für die Profitraten der Konzerne und zugleich der Steuereinnahmen des Staates sind?

DAS KLIMA WARTET NICHT AUF EINSICHTIGE KONSUMENTiNNEN

Unter kapitalistischen und demokratischen Vorzeichen war eine Veränderung nicht möglich, wie sich erwies. Der Planet droht derweil in der Zukunft für Menschen nahezu unbewohnbar zu werden und eine erfolgreiche Umkehr oder Transformation wird mit jedem Jahr immer unwahrscheinlicher.

Jede Reformmaßnahme war unpopulär und wurde von Lobbyisten, Unternehmern und auch den WählerInnen immer wieder kassiert, weil die Logik des Kapitalismus einfach nichts anderes zulässt: Wachstum und Profitmaximierung plus Klimaschutz sind zusammen nicht zu haben. Es musste ein Shut-Down-Szenario durchgesetzt werden, um die Menschen zur Vernunft zu zwingen.

Nach dieser Lesart handelt es sich bei der gegenwärtigen umfassenden Krisenkulmination um eine interdisziplinäre Selbstermächtigung der Wissenschaft. Die Wissenschaft musste sich selbst ermächtigen, um die Wirtschaft in ihre Grenzen zu verweisen und das menschliche Leben auf der Erde zu retten.

INTERDISZIPLINÄRER WISSENSCHAFTSKOMPLOTT?

Was wir erleben, wäre demnach eine klimatologisch- epidemiologische Aktion, bei denen interdisziplinärer wissenschaftlicher Sachverstand mit Regierungshandeln in Form eines Emergenzphänomens zusammenwirken. International kooperieren vor allem China und die Kern-EU. Die USA, England und Russland folgen eher nicht oder nur missmutig, können aber letztlich nicht anders, weil ihre Bevölkerungen Schutz vor dem Virus fordern.

Die Variante C wäre die humanste Variante zur Erklärung dessen, was ist, was uns gerade widerfährt. Und wie wir ja bereits bemerken, geht die Welt nicht unter, weil sie Pause macht. Bildlich: Die Menschheit hat erhöhte Temperatur und einen dicken Schnupfen mit Gefahr auf tödlich verlaufende Lungenentzündung. Die Luft könnte wegbleiben. Sie hat sich deshalb fünf Wochen krankgemeldet, bleibt eventuell noch länger auf Station liegen.

Folgerichtig wurde in den vergangenen Tagen mit Farbe auf viele Krankhauseinfahrten von Gewerkschaftern und Pflegekräften und ÄrztInnen der Slogan #CoronaIstNichtDasProblem gesprüht (47).

EINE VERSCHWÖRUNG ZUR RETTUNG DES PLANETEN?

Dass der Virus nicht das wesentliche Problem sein kann, wissen auch viele Angestellte in medizinischen Betrieben und der Forschung weltweit, auch in China. Zudem kann man der chinesischen Regierung vieles vorwerfen, aber irrational und unwissenschaftlich agiert sie in aller Regel nicht. Jede Regierung hat Zugang zum Wissen, dass es einen Klimawandel auf der Erde in einem Umfang gibt, der das menschliche auf dem Planeten tatsächlich bedrohen könnte.

Und was, wenn die Erderwärmung doch nicht menschengemacht wäre? Die von manchen Rechten vorgebrachte Nach-uns-die-Sintflut-Haltung ist fatalistisch: Wenn es eine Chance gibt, die Erderwärmung abzudämpfen, muss sie genutzt werden. Selbst für den Fall, dass menschliche Emissionen doch gar kein ausschlaggebender Faktor sein sollten. Denn es würde ja trotzdem menschheitsgefährdend wärmer. Auch für den Fall einer Ursachenfehlbewertung sollten alle nötigen Ressourcen dafür aufgewendet werden, um die Chance zu erhöhen, das Leben auf der Erde zu schützen.

Ein außergewöhnliches Handeln ist demnach angebracht und vernünftig. Liberale und soziale Grundrechte werden nach Ende der im Grunde harmlosen Covidinfektwelle vollständig wiederhergestellt. Nach der Coronakrise wird ruckartig auf eine klimaschonende Produktionsweise umgestellt. Mit allen komplexen Folgen, die das haben wird.

Eine grüne Weltverschwörung? Wem überhaupt alles, was sich nicht exakt mit der 20-Uhr-Tagesschau deckt — schon bei den späteren Tagesthemen gibt es ja immer mal kleine Abweichungen — nur noch wie eine einzige große Verschwörungstheorie vorkommt, sei gesagt: Willkommen in der Wirklichkeit! (48).

Kommen wir nun zum uns verbliebenen Aktionsradius im derzeitigen Ausnahmezustand. —›

3. UNSERE HANDLUNGSOPTIONEN

Unsere Handlungsoptionen richten sich an der Analyse und Gefahrenabschätzung der Epidemie aus. Die sollte unter Punkt 1 gezeigt worden sein. Daraufhin spielt die Auswertung und Interpretation des Regierungshandelns die gewichtigste Rolle für unser Vorgehen.

Derzeit sollte jede schlüssige Meinung und jede plausible Interpretation gehört werden. Diese müssen notwendigerweise zugespitzt formuliert werden. Dass wir es bei allen menschlichen Massenerscheinungen mit komplexen ökonomischen Interessen, sozialpsychologischen Strukturen und weiteren wissenschaftlich erfassbaren Faktoren zutun haben, wird vorausgesetzt.

Es zeichnen sich drei wesentliche Erklärungsmuster ab, die unter Punkt zwei thesenartig dargestellt wurden. Daraus leiten sich nun drei Szenarien ab, innerhalb derer wir in naher und mittlerer Zukunft unser Handeln oder Abwarten ausrichten könnten. Wir gehen dabei davon aus, dass uns allen zumindest an den im deutschen Grundgesetz in den ersten 20 Artikeln aufgeschriebenen Werten ernsthaft gelegen ist.

SZENARIO A — Wahlen fordern, Regierungen ablösen!

Für Szenario A gehen wir von Folgendem aus, das sich vielleicht im Rückblick aus der Zukunft so nachzeichnen lassen wird:

Die im Schnitt überalterten Regierungen und die im Schnitt ebenfalls überalterten herrschenden Eliten des Kapitals hatten eine psychosomatisch bedingte Todesangst. 24.000 verhungernde Menschen täglich und 15.000 sterbende Kinder jeden Tag hatten sie nicht weiter interessiert, jedenfalls nicht zu Ausnahmezuständen veranlasst. Auch nicht die Demonstrationen von G20 über die Gelbwesten bis Fridays For Future in den Jahren 2017, 2018 und 2019.

Den Regierungen war einfach alles Wurst gewesen, sofern es nicht auf die eine oder andere Art den Interessen der Kapitalisten oder ihrer Wiederwahl diente. Das galt in ihrem Systemumfeld zwar auch als amoralisch, war aber systemimmanent vernünftig. Es garantierte ihren persönlichen Erfolg. Ihr systembedingter Handlungsspielraum war eng begrenzt.

An den Aktienmärkten kündigten sich seit Längerem Rezessions- und sogar totale Finanzcrashszenarien an (57). Als kurz vor den Iden des März im Jahre 2020 in Norditalien rund 1.000 ältere Menschen an einer Lungenentzündung aus dem Leben getreten waren (49) — weniger als im Vorjahr zur selben Zeit (50) — gerieten auch sie in den Strudel einer beginnenden Massenpsychose und wirkten als Katalysator. Sie machten die Zivilisation dicht.

Es war ein ungewöhnliches Ereignis, ein Zusammenspiel mehrerer Faktoren und Zufälle, die zu dieser panischen Handlungsweise der überalterten Eliten führten. Sie agierten in Todesangst und fühlten sich von Infizierten umzingelt. Diesen psychopathologischen Zustand projizierten sie auf die Weltgesellschaft.

Conclusio: In dem Fall, dass dies der Fall ist, müssten wir umgehend, also von einer Woche auf die andere, Neuwahlen durchführen mit dem Ziel, die panischen Regierungen und deren falsche BeraterInnen sofort abzusetzen. Dass Wahlen auch während der Universal-Quarantäne durchgeführt werden können, haben die Kommunalwahlen in Bayern am vergangenen Wochenende gezeigt (51).

Eine neue Bundesregierung müsste dann die Folgen der Panik aufheben und könnte dann mehr oder weniger weitermachen wie bisher.

SZENARIO B — Verfassungsreform mit ökonomischen Grundsätzen

Lohnabhängige und Landwirte erwirtschaften letztlich den gesamten Wohlstand der Zivilisation, auf dem sich die Politfunktionäre und Wirtschaftselite nur entfalten. Für den Fall, dass die Regierungen des Westens im Verbund mit nationalen oder globalen Kapitalfraktionen derzeit das Virus als Anlass zu einem Staatsstreich nutzen, steht die demokratische Grundlage der Gesellschaft auf dem Spiel.

Damit wären ein vergleichsweise harmloser Anlass und eine beginnende Panik dazu verwendet worden, bildlich nicht auf die Bremse zu treten, sondern stattdessen absichtlich Grundrechte in epochalem Maßstab auszusetzen.

Für den Fall, dass die Regierungsparteien sich gegen die neurechten Parteien und Organisationen wappnen wollen, ohne eigene Parteiprogramme völlig aufzugeben — also eine De-facto- Renationalisierung vieler Rechts- und Wirtschaftsbereiche durchführen werden, um angesichts der rasanten globalen Wirtschaftsentwicklungen, die bei der Mehrheit der westlichen Bevölkerungen auf Ablehnung stoßen, Akzeptanz wiederzugewinnen — und somit ein »Reset« auf nationalstaatlicher Ebene herbeiführen, wäre eine massive journalistische, bürgerrechtliche, gewerkschaftliche und friedenspolitische Begleitung dieses Komplotts unbedingt vonnöten.

VERFASSUNGSPOLITISCHE RELEVANZ

Wir müssen genau protokollieren, was die Regierungen uns jetzt an Rechten und Rechtsansprüchen wegnehmen, um es zur Not unter Androhung eines Umsturzes mit Verfassungsgebender Versammlung vollständig zurückzufordern.

Wir müssen die wahrscheinliche Einsetzung neuer Finanzmarktregeln, Arbeitsrecht und Wirtschaftsregeln einer präzisen Kontrolle unterziehen und demokratisch mitsteuern (52). Ohne Abstimmungen, Volksentscheide und demokratische Wahlen sollte so etwas eigentlich nicht ablaufen können (53). Die Bundesregierung begrenzte das Notstandsregime bis zum Sonntag, den 19. April 2020. Am vorangehenden Wochenende müssen wir — so oder so! — friedfertig auf der Straße sein, zur Not im Sicherheitsabstand von 1,5 Metern zueinander. [Das hat der Demokratische Widerstand verwirklicht und Erfolge für die Versammlungsfreiheit aller BundesbürgerInnen erkämpft.]

Eingewendet muss werden: Möglicherweise sind ein Teil der Regierungsmitglieder auch für die progressive oppositionelle Intelligenz derzeit vertrauenswürdiger als eine Bevölkerungsmehrheit, die gerade einen Paradigmenwechsel verarbeiten muss UND einen ganz privaten, beruflichen wie öffentlichen Shut-Down UND zeitgleich geschürte Todesängste vor einem Virus zu bewältigen hat.

Für den — hoffentlich — noch unwahrscheinlicheren Fall, dass es sich bei den Entwicklungen um ein Komplott globaler Konzerne handelt, die unseren Planeten in eine globalkapitalistische Dystopie tauchen wollen, müssten wir umgehend handeln und eine Verfassungsgebende Versammlung einberufen, die unter Wahrung der ersten zwanzig Artikel der Verfassung eine neue Republik proklamiert.

Dieser Widerstand wäre schwierig, da progressive Kräfte geschwächt und die linke Intelligenz seit Jahrzehnten eigene Krisen durchlief. Im Grunde bliebe uns für den Fall nur zu sagen: Glück auf!

Conclusio: Die Einschränkungen und Abschaffungen fast sämtlicher Freiheitsrechte müssen vollständig aufgehoben werden. Die Coronakrise darf nicht über den 17. April 2020 hinaus verlängert werden. Das darauffolgende Wochenende wäre verfassungspolitisch essenziell! [Anm. des Autors, dieser Punkt ist überschritten und der Fall eingetreten.]

SZENARIO C — Willkommen in der neuen Epoche!

Im Grunde genommen machen wir derzeit alle eine interessante Erfahrung. Die Welt geht nicht unter, wenn sie Pause macht. Die Räder stehen still. Die Produktion wird runtergefahren. Die Flugzeuge bleiben am Boden. Der Energieverbrauch sinkt. Die Menschen bleiben mehr zuhause. Die Arbeitszeit wird radikal verkürzt. Freunde, Familie, Kinder und Kollegialität rücken in den Vordergrund.

Zeit, Gemüse anzubauen oder auf dem Balkon Gitarre für die Nachbarn zu spielen. Die Sonne scheint, der Frühling kommt. Fruchtbare Felder und die wichtigsten Fabriken werden weiterhin von fähigen ArbeiterInnen und BäuerInnen bewirtschaftet. Die sozialen und medizinischen Institutionen sind stabil. Die Infrastruktur wird entlastet und erhalten. Man hat Zeit, mal ein Buch zu lesen. Und dann noch eins (54).

Die Krise geht vorüber. Es wird ein Bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt werden, was die Entwicklung der Produktivkräfte bereits seit Langem hergibt (55). Dies erhält jeder Mensch , es wird aber hinzugearbeitet. Banken und Schlüsselindustrien werden verstaatlicht und unter parlamentarische Kontrolle gestellt. Das entlastet den Staat davon, Steuern auf Erwerbseinkommen erheben zu müssen. Die Regelarbeitszeit wird auf 20 Stunden verkürzt, die Entlohnung in drei Stufen gehandhabt. Wer mehr Stunden arbeiten möchte, kann das tun.

KONZERNCHEFS IN BUNKERN VERSCHWUNDEN

Die Automobilindustrie wird in Gemeineigentum umgewandelt und mit der Bereitstellung und Erhaltung von Mobilität in Form von Taxi-, Bus- und Mobilitätssystemen für alle beauftragt. Im Grunde wird alles auf Ökologie und sozialen Ausgleich umgestellt. wobei bestimmte Wettbewerbsfaktoren für freie kleine und mittlere Unternehmer und FreiberuflerInnen erhalten bleiben, weil sich dies für deren Psyche als konstitutiv erwiesen hat.

Bei den Konzernchefs gibt es weniger Probleme. Die meisten sind bereits seit Ende 2019 abgetreten; resignation.info hat in den letzten Zeit VOR der Panik über 12.000 zurückgetretene Wirtschaftsführer aus fast 9.000 Unternehmen gezählt (56). Wir können davon ausgehen, dass die vorübergehend in ihren Bunkeranlagen verschwunden sind (57).

Nachtrag: Am Donnerstag, also gestern vom Tag des Erscheinens dieser Arbeit, wurde bereits bekannt, dass Italien kurzerhand die Fluggesellschaft Alitalia verstaatlicht hat. Dabei wird es nicht bleiben: Fast alle europäischen Banken und viele national operierende Großkonzerne werden folgen. Es wird zu einem völligen Umbau der Finanzinstitutionen kommen. Wahrscheinlich wird sich der Charakter ganzer Staaten grundlegend verändern. Das muss keine Angst machen, sondern birgt große Chancen wie etwa einen Schuldenschnitt und eine Form neuer Prosperität für fast alle.

GEFAHR DURCHKNALLENDER POLITFUNKTIONÄRE UND MITTELSCHICHTEN

Und damit wären wir auch bereits bei der Krux: Die Mittelschichten der Nordhalbkugel neigen zwar zu Calvinismus und faschistoiden Mustern, haben aber auch Angst vor allem möglichen, wie etwa diesem Virus. Und in einem Moment der ruckartigen kollektiven Kohäsion in Form des Märzerlebnisses 2020 haben sie Angst vor Menschen, die vorsichtig den kritischen Verstand am Laufen halten (58).

Körperkult, Gesundheitsfragen und Sexualität waren die großen Themen der westlichen Middle Class in den vergangenen Jahrzehnten, mit denen die mangelnde Prosperität und eigene politische Ignoranz überlagert wurden. Was immerhin zu einigen unterhaltsamen Stilblüten auch auf Seiten des progressiven Lagers führte, das grundsätzlich umso mehr am Licht empirischer Wissenschaftlichkeit orientiert sein sollte und umso weniger an der Düsternis religiöser und quasi-religiöser Gefühlslagen.

Im Grunde einte die Mittelschicht demgegenüber nur ihr eigenes Inter-

esse am Erhalt ihres bürgerlichen Lebensstiles, der auf Konsum, bildungsbürgerlichen Distinktionsgewinnen, Meritokratie und ihren eigenen Vermögens- und Profiterweiterungen basierte.

Bürgerliche wählen quer durch alle Farben. Sie haben sich „das Bunte" als ihr liberales Farbspektrum verordnet, das sie aus ethischen Gründen einstweilen von den nationalen Neurechten wie der AfD abgrenzen, obwohl sie im Grunde derselben Schicht entspringen. Und mittlerweile auch alle Parlamente und Institutionen gemeinsam besetzen. Gewissermaßen im steten Zwist vereint.

NEOLIBERALES DENKEN INTRINSISCH VERWURZELT

Bürgerliche möchten viele Helferlein bei der Bewältigung ihres Lebens haben, denen sie möglichst wenig bezahlen wollen. Und denen sie sich überlegen fühlen. Im Grunde strebt der Bürgerliche danach, ein Feudaladeliger zu werden — auch wenn es sehr selten gelingt.

Es dürfte schwerlich möglich sein, diesen Teilen der Mittelschichten zu vermitteln, dass ihr Lebensstil nicht mehr tragbar ist und das Schlimmste, was ihnen passieren kann, ein bedingungsloses Hartz IV ist. Sie neigen eher zu der Ansicht, dass sie bereits genug gelitten hätten und ihnen eigentlich mehr zustünde. Also mehr Autos, mehr Flugreisen, mehr Konsumgüter, mehr Kleidung, mehr Urlaub, mehr energieintensive Freizeit, mehr höherwertiges Essen, mehr Status, mehr von allem als die anderen.

Das ist letztlich das basale Wesen der Bürgerlichkeit, die zutiefst davon gekennzeichnet ist, sich in der Konkurrenz durchsetzen zu müssen und der Überzeugung zu sein, man habe sich eben durchgesetzt, weil man grundlegend besser sei als andere. Man ist der Ansicht, dass man sich das, was man hat(te), hart erarbeitet und somit zutiefst verdient habe.

VERLUSTANGST UND LEISTUNGSPRINZIP

Diese psychosoziale Selbstkonstitution macht den Bürger — und die Bürgerin — zuweilen zu höchst volatilen und aggressiven ZeitgenossInnen. Und diese haben nicht selten damit recht, dass manche Linke dazu neigen, mit der ökonomischen Gleichheit auch noch die Konkurrenz um das Wahre, Schöne und Gute aufzugeben. Also freie und klare Meinungsaussprache, verfeinerte Ästhetik und die Erotik oder seriöse Qualität in der Produktion und Innovation — was völlig pervers und auch überhaupt nicht links oder auch nur progressiv ist, sondern rückschrittlich.

Manch ein Bürger will sein Selbstverständnis — das sowohl aus ökonomischer wie auch aus kultureller Sicht selbstverständlich unberechtigt ist, aber eben als Vorstellung eine eigene Wirklichkeitswelt erschafft und durchaus einige interessante Ergebnisse gezeitigt hat, hinter die nicht zurückgefallen werden sollte — lieber nicht hergeben, sondern sieht die eigene Lebensleistung, die kleinen Ersparnisse und die, sagen wir, drei vermietbaren Wohnungen womöglich besser durch faschistoide Organisationen geschützt, als durch wissenschaftlich orientierte Demokratien. Schon jetzt sind seit Jahren Bürger im ganz privaten Ausnahmezustand zu beobachten, die sich um den Verlust ihres Status' sorgen.

NEUE QUALITÄTEN

Mit der derzeitigen Krise sind viele Psycho-Bürger hinzugetreten und es werden mehr werden (58). Die Bürger machen aber etwa nur 20 Prozent der Gesellschaft aus, die anderen orientieren sich zwar am bürgerlichen Lebensstil, sind aber oftmals de facto Freischaffende ohne Besitzstände oder KleinunternehmerInnen, Landwirte, Zeitvertragler, ArbeiterInnen, JobberInnen, kleine und mittlere Angestellte in Sondersituationen, Pleitiers, Künstler, Kranke, Arbeitslose und so weiter. Im Grunde alle, die jeden Monat auf Umsätze oder eingehende Einkünfte angewiesen sind, von denen sie selber (über)leben müssen. Und ansonsten recht wenig vorkommen — und zudem kaum in Parlamenten repräsentiert sind. Die derzeit ohnehin de facto keine Rolle mehr spielen.

Die Anerkenntnis der eigenen Bedeutungslosigkeit kann etwas zutiefst Aktivierendes, Menschenfreundliches, Lebensbejahendes und Heiteres an sich haben. Es kann dazu veranlassen, sinnvolle Tätigkeiten auszuüben oder eine echte Qualität schaffen zu wollen. Für Menschen aber, die ihr Selbstwertgefühl aus einem relativen Wert beziehen, also ausschließlich aus dem Vergleich mit anderen Menschen den Erfolgsindikator für den eigenen wirtschaftlichen und auch lebensmäßigen Erfolg ziehen, waren gemeinwirtschaftliche Projekte schon immer die Hölle auf Erden.

Für jene muss ein Sektor erhalten werden, in dem sie konkurrieren und sich gegenseitig ausstechen können, wie sie es gewohnt sind und wünschen, auch wenn dies angesichts der Produktivkraftentwicklung anachronistisch anmuten mag.

Conclusio: Szenario C würde einen sanften Übergang in eine ökologische, soziale, liberale und demokratische Epoche markieren, der aufgrund der Ökokatastrophe (59, 60) in Form eines interdisziplinären Wissenschaftsputsches durchgeführt wurde — wobei Faktoren aus A und B mit hineinspielen dürften. Aufgabe der kritischen Intelligenz wäre es, diesen Prozess produktiv zu begleiten, abzusichern und auf den bewährten liberalen Grundrechten zu bestehen.

ZUSAMMENFASSUNG

#CoronaIstNichtDasProblem. Der Virus ist nicht übermäßig bedrohlich. Was wir erleben, ist entweder bewirkt durch...

A — einen psychosomatischen Kollaps der Führungseliten der Nordhalbkugel. Wir müssten sehr schnell Neuwahlen fordern und durchführen, um das Notstandsregime zu beenden!

oder

B — einen nationalen Staatsstreich, der ein kapitalistisches Reset herbeiführt oder gar ein globales Überwachungsgregime installiert. Wir müssten uns am Wochenende des 17. April und danach zu Verfassungsgebenden Versammlungen zusammenfinden!

oder

C — den Beginn einer ökologischen und sozialen Epochenwende, bei der liberale Freiheitsrechte wiederhergestellt werden und die Produktion rasch den wissenschaftlichen Erkenntnissen angepasst wird. Wir müssten diesen Prozess unterstützen und konstruktiv kritisieren!

Wahrscheinlich spielt eine Mischung aus allen drei Szenarien zusammen. Mit welcher Gewichtung, wird sich erweisen.

SCHLUSSBEMERKUNG

Die Coronakrise wird vorübergehen. Man wird die erfolgreiche Seuchenbekämpfung feiern. Regierungen werden für die Ökonomie neue Gesetze und neue institutionalisierte Systeme installieren.
Unsere Aufgabe als kritische Intelligenz besteht darin, die ethischen, psychischen, ökonomischen, ökologischen sowie verfassungs- und menschenrechtsmäßigen Folgen zu antizipieren — und entsprechend aktiv zu werden.

Dass möglicherweise aufflammenden rassistisch, sexistisch, antisemitisch usw. motivierten Gewaltstimmungen ad hoc begegnet werden muss, sollte hier an diesem Ort außer Frage stehen. Ebenso, dass jedem Kranken Behandlung und Schutz zukommen müssen.
Ebenso, dass der Tod jedes einzelnen Menschen mit Würde behandelt und betrauert wird.

Dieser Text erschien erstmals im freien Magazin rubikon.news des Kulturwissenschaftlers und Publizisten Jens Wernicke am 21. März 2020. Dort finden sich sämtliche Quellen, Verweise und Anmerkungen zu diesem Text.

Drei Tage nach Erscheinen wurde der Demokratische Widerstand in Berlin gegründet.

Der Journalist und Buchherausgeber ***Anselm Lenz*** *arbeitete bis Ende März für die Tageszeitung TAZ in Berlin, bis er von dieser gekündigt wurde, weil er sich offen zu Corona geäußert hatte. Ein Vorgang, der presserechtlich, arbeitsrechtlich und durch die Mittel des Arbeitskampfes bearbeitet wird.*

»1. UNSER GRÖSSTER SIEG WIRD DAS ZURÜCKERLANGEN UNSERER LIBERALEN FREIHEITSRECHTE SEIN!
2. SOLLTE DIE REGIERUNG SIE FREIWILLIG ZURÜCKGEBEN, WERDEN WIR RICHTIG GEHANDELT HABEN.
3. SOLLTE DIE REGIERUNG SICH JEDOCH DAUERHAFT ZU EINEM TOTALITÄREN REGIME WANDELN – DANN WERDEN WIR UMSO MEHR GEBRAUCHT WORDEN SEIN!«



Die Redaktion & die HerausgeberInnen — Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand

GRUNDGESETZ FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die ersten 20 Artikel unserer liberalen Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.

(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Zeitung «DER WIDERSTAND» (Demokratischer Widerstand) — Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. — 2. Ausgabe ab Freitag, 24. April 2020. Redaktionsschluss war am 23. April 2020, 07:30 Uhr. Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung; andere sind entsprechend bezeichnet. Titelfotos: Peter-E-Stock.

Auflage: 100.000 Exemplare bundesweit. Kostenlose Vereinszeitung der Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V.i.Gr. Zeitungsverkäufer sind eingeladen, eine Spende zu verlangen, die ihnen vollständig zu Gute kommt. Spenden an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Zeitung«, an K.D.W. / Schatzmeisterin L. Thomas **IBAN DE 22 1005 0000 10 67 93 78 42** bei der Berliner Sparkasse.
Redaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Batseba N'diaye, Florian Daniel, Jill Sandjaja, Louise Thomas, Sven Sebastian Horner, Mora Thurow, Luis Yusuf, Alexander Richter. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand. i.V.i.Gr. c/o [auf Grund von Klageandrohnung des Interimsintendanten Klaus Dörr nachträglich gestrichen: Neue Adresse: Ostpreußendamm 170, Berlin]. **Herausgeben** von Anselm Lenz, Batseba N'diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin im April 2020.
Druck: Union Druckerei Berlin, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin. — Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur Verbreitung, Verfielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotographie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht.